9/2011

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Vom Weg abgekommen?
Ferdinand Lacina

Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft der Sozialdemokratie
Michael R. Krätke

Guter Kapitalismus, schlechter Kapitalismus
Will Hutton

ANTONY GORMLEY
HORIZON FIELD
KUNSTHAUS BREGENZ

PLUS AKZENTe.

4,50 Euro Pb.b. GZ 02Z033338 M. Verlagspostamt 1010 Wien, Nr.9

EDITORIAL

Mit dem zweiten Rücktritt des Wolfgang Schüssel im Kontext des Telekom-Skandals wird die lange verklärte, tatsächliche Bilanz der schwarz-blauen Regierung sichtbar. Ob Schüssel persönlich »ein Ehrenmann« ist, oder in irgendeiner Form doch Kenntnis von den fragwürdigen Vorgängen hatte, an denen bald jeder zweite Minister seiner Regierung beteiligt scheint, ist reine Spekulation. Politisch ausschlaggebend ist das Sittenbild, das nun auch medial dokumentiert wird: Im Mittelpunkt der schwarz-blauen Ära stand die Bereicherung. Offenbar eben nicht nur die Bereicherung von Großindustriellen und fragwürdiger Geschäftemacher, sondern auch die persönliche Bereicherung einzelner politischer Akteure. Das ist natürlich moralisch besonders verwerflich, macht aber letztlich den Blick frei, worum es bei den Themen Privatisierung von Staatseigentum immer geht: Um die Bereicherung einiger weniger auf Kosten des Staates und der Allgemeinheit. Das gilt für den Verkauf staatlicher Unternehmensanteile genauso wie für die Deregulierung und Liberalisierung von Dienstleistungen oder die Organisationsprinzipien des Pensionssystems. Es ist zu hoffen, dass es fünf Jahre nach dem Ende von Schwarz-Blau nicht zu spät ist, diese Einsicht breitenwirksam zu vermitteln.

Skandale, in denen die mangelnde **Distanz der Politik zu einzelnen Lobbyisten** aufkommt, treffen derzeit aber nicht nur FPÖ, BZÖ und ÖVP. Im Sommer hatte auch in Großbritannien die Konservative Partei mit der fragwürdigen Nähe ihrer Führung zum Medienkonzern von **Rupert Murdoch** und dessen mutmaßlich kriminellen Machenschaften zu kämpfen. Unter dem Eindruck dieser heftigen öffentlichen Debatte kamen dem erzkonservativen Journalisten **Charles Moore** grundsätzliche Zweifel an der Richtigkeit aktueller konservativer Politik. Die Debatte, die der **Zweifelsfrage, ob die Linke nicht doch recht habe**, folgte, zeichnet **Ludwig Dvořák** nach.

Caspar Einem widmet sich in seiner Kolumne Fragen über Fragen den **arabischen Revolutionen** und dem Thema, wie **bereitwillig der Westen** sein wird, **demokratische Entscheidungen nach dem Umsturz anzuerkennen**.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe folgt aber dem englischen Sprichwort »Never waste a crisis«: Unter diesem Gesichtspunkt analysieren drei Exponenten unterschiedlicher Zugänge zu sozialdemokratischer Politik, wie die Sozialdemokratie angesichts der Wirtschaftskrise und ihrer eigenen politischen Schwäche auf die Beine kommen kann.

Als erster fordert **Ferdinand Lacina** dazu auf, selbstkritisch das **Fehlen einer substanziellen programmatischen Debatte jenseits hohler Kampagnenphrasen** zu prüfen und zu diesem Zweck auch die **starke Anbindung** an die Bedürfnisse und Anliegen von **Boulevardmedien zu hinterfragen**.

Der an der Lancaster University lehrende **Michael Krätke** weist auf die dringende Notwendigkeit hin, an die **sozialdemokratische Tradition des radikalen Reformismus** (bzw. der »revolutionären Realpolitik«) anzuknüpfen, um mit einer gesellschaftsverändernden Perspektive die in Frage stehende **hegemoniale Position innerhalb der Linken** aufrecht erhalten zu können.**Will Hutton**, Leiter eines im Umfeld von »New Labour« aktiven Think Tanks, versucht im Gegensatz dazu, die Unterschiede zwischen einem **»guten« und einem »schlechten« Kapitalismus** herauszuarbeiten und welche **Anforderungen** dadurch an die Politik der Sozialdemokratie gestellt werden.

Den **130. Geburtstag Otto Bauers**, der am 5. September zu feiern war, ist für **Markus Schweiger** Anlass, das **wirtschaftspolitische Werk** des großen austromarxistischen Theoretikers zu würdigen.

Der **europäischen Forschungspolitik** und den **sozialdemokratischen Herausforderungen** dafür widmet sich **Daniel Spichtinger**. Nach den Buchtipps rundet schließlich **Helene Schuberth** das September-Heft mit ihren **ökonomischen Betrachtungen** zum Jahrestag der Lehman-Pleite ab.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘAK
Gf. Chefredakteur

Inhalt

ANTONY GORMLEY HORIZON FIELD, AUGUST 2010 - APRIL 2012, EINE LANDSCHAFTSINSTALLATION IM ALPINEN HOCHGEBIRGE VORARLBERGS, ÖSTERREICH, PRESENTED BY KUNSTHAUS BREGENZ, © KUNSTHAUS BREGENZ, ANTONY GORMLEY, FOTO: MARKUS TRETTER

6 **Die Sommerkrise des Konservativismus**
VON LUDWIG DVOŘAK

9 **ANTONY GORMLEY** HORIZON FIELD

10 **Probleme mit der Demokratie?**
FRAGEN ÜBER FRAGEN VON CASPAR EINEM

11 **ANTONY GORMLEY** HORIZON FIELD

14 **Vom Weg abgekommen?**
VON FERDINAND LACINA

18 **Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft der Sozialdemokratie**
VON MICHAEL R. KRÄTKE

23 **ANTONY GORMLEY** HORIZON FIELD

24 **Guter Kapitalismus, schlechter Kapitalismus**
VON WILL HUTTON

33 **ANTONY GORMLEY** HORIZON FIELD

34 **Wirtschaftspolitik bei Otto Bauer**
VON MARKUS SCHWEIGER

40 **ANTONY GORMLEY** HORIZON FIELD

42 **Eine sozialdemokratische Forschungspolitik am Horizont?**
VON DANIEL SPICHTINGER

47 **ANTONY GORMLEY** HORIZON FIELD

48 **Buchtipps**
Sachliches & Belletristisches

50 **Drei Jahre nach Lehman**
SCHLUSSWORT VON HELENE SCHUBERTH

IMPRESSUM Herausgeber: Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift »Zukunft«, 1014 Wien, Löwelstraße 18. **Verlag und Anzeigenannahme:** edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags Gmbh, 1014 Wien, Löwelstraße 18 , Tel. 01/534 27 399, Fax DW 363, office@editionrot.at **Herausgeberbeirat:** Mag. Karl Duffek, Wien (Vorsitzender), René Cuperus, Amsterdam, Mag.ª Brigitte Ederer, Wien, Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek, Wien, Univ.-Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn, Giorgio Napolitano, Rom, Dr. Werner A. Perger, Berlin, Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Schroeder, Frankfurt a. Main, Univ.-Prof. Dr. Ivan Szelényi, New Haven, Univ.-Prof. Dr. Georg Votruba, Leipzig, Univ.-Prof.in Dr.in Ruth Wodak, Lancester. **Chefredaktion:** Dr. Caspar Einem, Mag. Ludwig Dvořak (geschäftsführend) **Redaktion:** Mag. Georg Appl, Mag. Alessandro Barberi, Bernhard Bauer, Mag.ª Elisabeth Felbermair, DSA Senad Lacevic, Mag. Armin Puller, Mag. Dr. Michael Rosecker, Dr.in Barbara Rosenberg, Mag. Franz Spitaler, Mag. Artur Streimelweger, Mag.ª Olivia Weiß **Production Manager:** Dr. Manfred Lang **Art Direction:** Gábor Békési **Druck:** Gutenberg Druck GmbH, 2700 Wiener Neustadt **Coverfoto: Antony Gormley** Horizon Field, August 2010 - April 2012, Eine Landschaftsinstallation im alpinen Hochgebirge Vorarlbergs, Österreich, Presented by Kunsthaus Bregenz, © Kunsthaus Bregenz, Antony Gormley, Foto: Markus Tretter

Die Sommerkrise des Konservativismus

Zwei kritisch-besorgte Kommentare und die Behauptung, die Linke könnte mit ihrer Kritik recht haben, brachte den konservativen Journalisten Charles Moore und Frank Schirrmacher in diesem Sommer wütende Beschimpfungen ihrer Gesinnungsfreunde ein. Dabei sprechen beide nur an, was offensichtlich ist: Dass konservative Parteien nicht allein von den Stimmen von Bankern und Medienmogulen leben können. Ludwig Dvořák argumentiert, dass die konservative Sinnkrise aber keineswegs zum sozialdemokratischen Triumphgeheul Anlass gibt.

Wenn der ehemalige Chefredakteur des *Daily Telegraph*[1] und der Mitherausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*2, der publizistischen Schlachtschiffe des britischen und deutschen Konservativismus also, beginnen »zu glauben, dass die Linke Recht hat«, dann ist das Thema »der Sommerdebatte« vorgegeben. »Die Mehrheit muss in immer unsichereren Verhältnissen immer härter Arbeiten, um ein paar wenige zu bereichern. Demokratische Politik, die vorgibt, die Mehrheit reicher zu machen, ist in den Händen der Banker, Medienbarone und Wirtschaftsmogule, die alles kontrollieren und denen alles gehört«, kritisierte der erzkonservative Journalist Charles Moore und verkündete den moralischen Bankrott der - von Konservativen dominierten - westlichen Führer. Frank Schirrmacher, mächtiger konservativer Zeitungsmacher, griff Moores Gedanken auf und übertrug sie auf Deutschland: Der Neoliberalismus habe sich bürgerlicher Werte bedient, die Schattenseiten dieses Systems und seiner Fehlschläge träfen nun den Konservativismus. »Die CDU hat ihre an die Finanzmärkte ausgeliehenen immateriellen Werte, ihre Vorstellung vom Individuum und vom Glück des Einzelnen, niemals zurückgefordert. Sie hat nicht nur keine Verantwortung für pleitegehende Banken verlangt, sie hat sich noch nicht einmal über die Verhunzung und Zertrümmerung ihrer Ideale beklagt.«

Kein Wunder, dass solche Aussagen auf den Meinungs- und Feuilletonseiten einschlugen wie eine Bombe. Auf Seiten der Linken werden die Aussagen naheliegenderweise als Bestätigung aufgefasst: Manche Konservativen würden eben aus Erfahrung klüger, freute sich Robert Misik.[3] Im Kampf um die geistige Hegemonie seien solche Zeichen bürgerlicher Verunsicherung wichtig. Ein vernünftiger Konservativer, »der genug Intelligenz und Realitätssinn besitzt, um zu wissen, dass es, zum Beispiel, keine gute Idee ist, die Staatsschulden zu reduzieren, indem man das Nationaleinkommen vermindert«, müsse in der aktuellen Situation einfach bisherige konservative Dogmen in Frage stellen und so zum »Renegaten« werden.

Genau so, allerdings nicht in dem von Misik beigemessenen positiven Sinne, behandelte ihn auch das Gros der konservativen Journalisten, die angesichts der Debatte zwischen aggressiver Fassungslosigkeit und »Vade retro, Satanas«-Rufen schwankten. Christian Ortner erklärte Schirrmacher kurzerhand für geltungssüchtig oder verrückt (er sei »Opfer einer milieubedingten Pointensucht geworden« oder alternativ unterliege »seine ökonomische Wahrnehmungsfähigkeit gerade erheblichen sommerlichen Restriktionen«).[4] Auch Michael Fleischhacker konnte bei Schirrmacher nur »Radical Chic« und »intellektuellen Snobismus in Reinkultur« erkennen und behauptete trotzig, die Ursache der Wirtschaftskrise liege in der mangelhaften Verwirklichung marktwirtschaftlicher Prinzipien.[5] Und in Deutschland enttarnte Jan Fleischhauer einmal mehr die unendliche Macht der Linken im Polit-Diskurs, indem er Schirrmacher und Moore unterstellte, der gerade einmal 52-jährige Deutsche bzw. der 55-jährige Brite wollten opportunistisch »auf ihre alten Tage auch einfach noch einmal zum vermuteten Mainstream aufschließen.«[6]

VERWIRRTE KONSERVATIVE

Die Beiträge von Moore und Schirrmacher, aber auch die verwirrte und in ihrem Gestus gleichzeitig inquisitorische

1. CHARLES MOORE, I'm starting to think that the Left might actually be right, Daily Telegraph 23.07.2011.
2. FRANK SCHIRRMACHER, »Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat«, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 14.08.2011.
3. MISIK, Aus Erfahrung klüger werden, http://www.taz.de/!76617.
4. ORTNER, »Linke Gesellschaftskritik« ist wieder in: Deutschland, ein Spinnermärchen, Die Presse, 19.08.2011.
5. MICHAEL FLEISCHHACKER, Sie spüren, dass etwas Neues beginnt, Die Presse 20.08.2011.
6. JAN FLEISCHHAUER, Warum Frank Schirrmacher irrt, S.P.O.N. – Der Schwarze Kanal, http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,781545,00.html, 22.08.2011
7. MOORE, Our leaders have lost faith in the powers of their people, Daily Telegraph, 30.07.2011.
8. »Die linken Rezepte sind falsch«, http://www.welt.de/print/die_welt/kultur/article13584781/Die-linken-Rezepte-sind-falsch.html, 05.09.2011.w

Reaktion der publizistischen Rechten, drücken aus, dass nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch das konservativ-liberale Lager längst von einer tiefen inneren Krise erfasst wurde, die auch im politischen Alltag sichtbar wird: In Deutschland können sich Union und FDP angesichts der – uneingestandenerweise durch Deutschlands Wirtschaftspolitik mitverursachten – Schuldenkrise Griechenlands nicht zwischen ihrer regelmäßig beschworenen Treue zu »Europa« und der rhetorischen Absage an die »Transferunion« entscheiden. In Frankreich hat Präsident Sarkozy nach den gebrochenen Sicherheitsversprechen bei der letzten Wahl nur noch einen Krieg in Libyen und weiter verschärfte Law-and-Order-Rhetorik zu bieten. In Großbritannien ist David Camerons rhetorische Distanzierung von der Thatcher-Ära, die Ankündigung der soziale Klüfte schließenden »Big Society« zwar bereits dem Sparstift zum Opfer gefallen und im Rauch der brennenden Vororte aufgegangen, sie macht aber die Hardliner noch immer misstrauisch. Und in Österreich glaubt offenbar nicht einmal mehr »Die Presse« daran, dass die ÖVP ein politisches Programm oder gar die Fähigkeit zur Politikgestaltung hätte.

WAS MOORE WIRKLICH MEINT

Moore, aber wohl auch Schirrmacher, sind, wie auch Misik richtig konstatiert, keineswegs zu Linken geworden. Sie haben vielmehr erkannt, dass der gegenwärtige Konservativismus die Anschlussfähigkeit zu seinen Kern- und potenziellen WählerInnenschichten zu verlieren droht. Eine konservative Partei, die zumindest eine unüberwindlich starke Minorität der WählerInnen vereinen will, kann nicht einzig und allein als Interessensvertretung einiger Banken und von Rupert Murdoch in Erscheinung treten. Sie kann nicht, um es in Moores Worten zu sagen, die Arbeiter von Piräus und Porto arbeitslos werden lassen, »damit die Banker in Frankfurt und die Bürokraten in Brüssel in Ruhe in ihren Betten schlafen können.« Doch Moore hat keine grundsätzlichen Probleme damit, die Arbeiter in Piräus und Porto dahinvegetieren zu lassen. Was er einfordert, ist, dass die Konservativen – wie einst Thatcher – glaubwürdig argumentieren, dass die Entfesselung der Marktkräfte auch für »einfache Menschen« neue Chancen und Aufstiegsmöglichkeiten bietet. Voller Genugtuung weist er darauf hin, dass in Zeiten der Krise angeblich Invalide wieder arbeitsfähig seien, weil die Krise die Vorwände beseitige.[7] Und er argumentiert, dass das nicht gelingen kann, solange man programmatisch ziellos und öffentlich erkennbar einzig und allein die kurzfristigen Interessen einiger mächtiger Lobbyisten bedient. Weniger marktradikal, aber ebenso enttäuscht von der Ziellosigkeit der Konservativen, zeigt sich auch Schirrmacher.

HATTE DIE LINKE RECHT?

Wenn Moore von berechtigter linker Kritik spricht, dann darf sich die Sozialdemokratie bedauerlicherweise davon nur bedingt angesprochen fühlen. Das trifft zum einen auf Moores Ausführungen selbst zu: Die eigentliche Ursache für den Verlust des Vertrauens von WählerInnen in die Marktkräfte verortet er ironischerweise im Erbe des Blairismus, einer »vulgären Form des Thatcherismus«. In einem Interview in der *Welt*, in der man Moore offenbar Gelegenheit geben wollte, dem Irrweg abzuschwören – als Titel wurde die beruhigende Botschaft »Die linken Rezepte sind falsch« gewählt –, erläuterte er diesen Gedanken. »Viele Leute haben meine beiden Kolumnen als eine Verteidigung von New Labour missverstanden ... Blair und Brown haben aufgehört, ›die Linke‹ zu repräsentieren ... Sie glaubten, es käme nur darauf an, das große Geld zu hofieren ... Man expandierte einseitig den Finanzmarkt ... «[8]

Selbst wenn man aber Moore und Schirrmacher so missversteht, wie es viele ihrer Gesinnungsfreunde getan haben, nämlich als politischen Seitenwechsel und Verrat, müssten wir uns die Frage gefallen lassen, wann die Sozialdemokratie, auch außerhalb Großbritanniens, in den letzten Jahren etwas gegen die zunehmende Ungleichverteilung von Vermögen, Einkommen und Lebenschancen unternommen hätte.Tatsächlich waren sozialdemokratische Regierungen auch in Kontinentaleuropa williger Erfüllungsgehilfe, wenn nicht Urheber, neoliberal inspirierter Arbeitsmarktreformen und

Haushaltspolitik. Bis heute gelingt es ihr nicht, eine substanzielle Analyse der Ursachen der Wirtschafts- und Schuldenkrise, die zunehmende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen innerhalb und zwischen den Ländern Europas, auf den Tisch zu legen und zum Gegenstand der politischen Diskussion zu machen.

WER PROFITIERT?

Moore's Hoffnung bleibt, dass »der Konservativismus, wie so oft in der Vergangenheit, durch die Dummheit der Linken gerettet wird«, so wie umgekehrt die Hoffnung vieler SozialdemokratInnen auch in Österreich auf die fortgesetzte Führung der Regierung auf der erbärmlichen Verfasstheit der Volkspartei und ihres Führungspersonals zu beruhen scheint. Moore deutet an, dass der Verlust des Glaubens an die »marktwirtschaftliche, westliche, demokratische Ordnung« zu einer Hinwendung zum »Totalitarismus wie in den 30er Jahren« führen kann, dass sich also in anderen Worten die über ihre uneingelöst versprochenen und nicht verwirklichten Aufstiegschancen verärgerte Kleinbürger und für Konservative gewinnbare Arbeiter rechtsextremen, faschistischen Ideen zuwenden könnten.

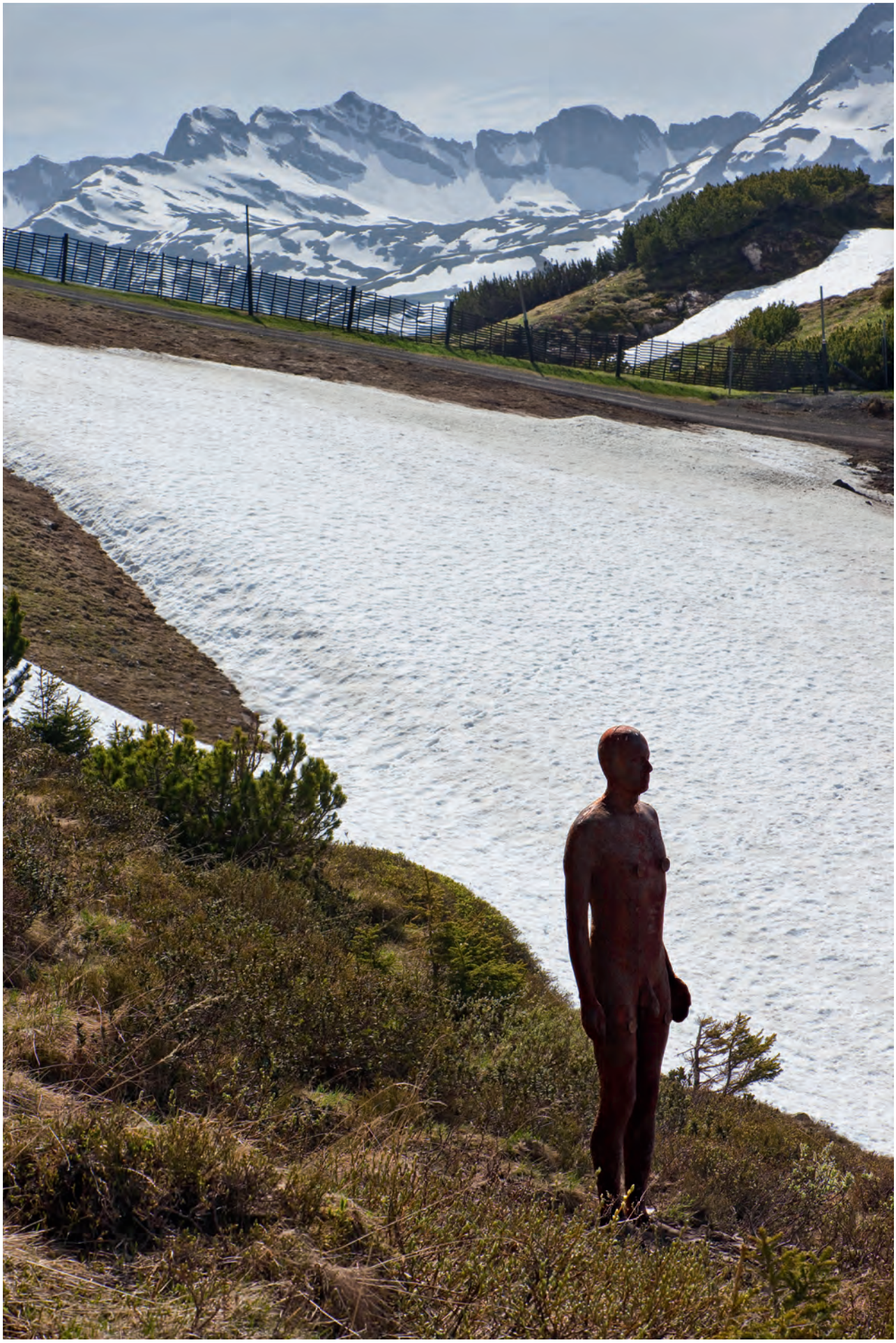
Tatsächlich ist nicht nur die Gewinnbarkeit enttäuschter konservativer WählerInnen für rechtsextreme Parteien, sondern auch die Gewinnbarkeit schwankender konservativer Parteien für Bündnisse mit diesen Parteien eine reale Gefahr. Bestes Beispiel dafür ist wohl die Politik von Präsident Sarkozy: Angesichts seines beständigen Umfragetiefs und der programmatischen Leere seiner Amtszeit jenseits von Sozialkürzungen nimmt er mit einer überbetont nationalistischen und rassistischen Politik längst nicht nur politische Anleihen beim rechtsextremen Front National – er wirft auch republikanisch-gaullistische Prinzip der Abgrenzung zu solchen Parteien über Bord.

CONCLUSIO

Auch bei tiefgehender Betrachtung sind Moores und Schirrmachers Thesen letztlich Ausdruck konservativer Ratlosigkeit. Sie sind sich – im Gegensatz zu den Fleischhackers und Ortners dieser Welt – bewusst, dass es eben nicht genügt und auch nicht stringent ist, den Griechen zu erklären, sie seien an ihrem Elend selbst schuld, während man ein Hilfspaket nach dem anderen schnürt und dabei erklärt, es sei nur zu Europas Besten, den Finanzmärkten und den Banken zu folgen. Moores Argumentation, eine Entfesselung der Marktkräfte müsse eben auch der Mehrheit etwas bringen, steht aber letztlich in einem unauflösbaren Widerspruch mit der Realität. Seine positive Bezugnahme auf Thatcher und Reagan verkennt, dass beide zwar tatsächlich bei vielen ArbeitnehmerInnen den falschen Eindruck erweckten, dass sie von neoliberaler Politik profitieren könnten, dass diese Versprechen aber tatsächlich nicht eingelöst wurden.

Für die Linke besteht in der Rat- und Ziellosigkeit der Konservativen zweifellos eine Chance im Kampf um die politische Hegemonie. Die Sozialdemokratie sollte jedoch nicht den Fehler machen, sich entspannt zurückzulehnen, weil der politische Gegner inhaltlich und strukturell schwächelt. Wenn die Sozialdemokratie sich nicht selbst schleunigst vom angenommenen Erbe des Neoliberalismus befreit und eine glaubwürdige und offensive Alternative zur Krise und ihren Folgen auf den Tisch legt, droht ihr und der Demokratie als ganzem sowohl von einer marktradikalen bürgerlichen Politik, als auch von wachsender Offenheit des bürgerlichen Lagers gegenüber dem Rechtsextremismus enorme Gefahr.

LUDWIG DVOŘÁK
ist Gf. Chefredaktuer der ZUKUNFT.



ANTONY GORMLEY HORIZON FIELD

ANTONY GORMLEY HORIZON FIELD, AUGUST 2010 - APRIL 2012, EINE LANDSCHAFTSINSTALLATION IM ALPINEN HOCHGEBIRGE VORARLBERGS, ÖSTERREICH, PRESENTED BY KUNSTHAUS BREGENZ, STANDORT: LECH, KRIEGERHORN NR. 2, AUFNAHMEDATUM: 10.06.2010, © KUNSTHAUS BREGENZ, ANTONY GORMLEY, FOTO: MARKUS TRETTER

Probleme mit der Demokratie?

Die Revolutionen in Tunesien und in Ägypten – man kann beide Fälle jedenfalls als Revolutionen bezeichnen – beginnen den Schatten unangenehmer Fragen zu werfen: Nehmen wir an, dass sie ihr Ziel erreichen und dass es zu demokratischen Wahlen, zur durchgreifenden Demokratisierung beider Länder kommt – das hoffen wir doch alle –, worauf haben wir uns dann einzustellen?

Bei wirklich demokratischen Wahlen kommt es zunächst zu einem Wettbewerb um Stimmen. Und in diesem Wettbewerb sind dem Populismus auch in den arabischen Ländern ebenso wenig wie bei uns Grenzen gesetzt. Wenn Strache hier gegen die »faulen Griechen« zu Felde ziehen kann, die uns angeblich arm machen, ist etwa in Ägypten scharfer Populismus gegen Israel und gegen den Friedensvertrag zwischen beiden Ländern durchaus zu erwarten. Wird das unsere Haltung zur Frage der Demokratisierung beeinflussen? Werden wir Mubarak zurück wünschen? Und wird das irgendjemand in Ägypten bekümmern, was wir uns da wünschen?

Und dann wird es Wahlergebnisse geben. Werden wir, werden die USA, die EU, andere wichtige Spieler bereit sein, das Ergebnis zu respektieren – egal wie es aussieht? Kann sich noch jemand erinnern, wie es damals in Algerien war, als nach langer Durststrecke endlich wieder einmal demokratische Wahlen stattfanden und es nach dem ersten Wahlgang danach aussah, als würde eine islamistische Partei den Sieg davon tragen? Das war 1991/92, als sich ein Sieg der Islamischen Heilsfront abzeichnete. Dort setzte dann die Regierung den zweiten Wahlgang ab und löste die Partei, die zu gewinnen drohte, gewaltsam auf. Ein Bürgerkrieg mit geschätzten 120.000 Toten war die Folge. Kann sich dieses Szenario wiederholen?

Gibt es ernst zu nehmende Bemühungen der Staaten Europas oder der USA, mit den diversen wahlwerbenden Gruppen in Kontakt zu kommen und sie in einer pragmatischen Haltung zu bestärken, in der Bereitschaft, Kompromisse zu schließen? Wäre das nicht sehr zweckmäßig und hoch an der Zeit?

Dabei ist auch die Frage von Bedeutung, welche Staaten dazu die besten Chancen hätten, jetzt mit den wahlwerbenden Gruppen und nach den Wahlen mit den neuen Regierungen von Tunesien und Ägypten zu kooperieren – vorurteilslos und proaktiv. Ich denke, dass nun jene die besten Karten haben, die nicht Kolonialmächte waren, aber vielleicht dennoch als Repräsentanten der EU gesehen werden könnten. Denn es steht außer Zweifel: Wirtschaftlich und regional wird die EU der bedeutendste Partner dieser Länder sein. Aber eben nicht unbedingt das Vereinigte Königreich oder Frankreich. Wird diese Einschätzung das Handeln der Außenministerien der in Betracht kommenden Länder bestimmen? Wird Österreich einen aktiven Beitrag leisten? Wird es aktiv sein wollen?

Recht klar ist beispielsweise, dass es für Staaten wie die USA jetzt ganz schön schwierig wird, weiter stabile Beziehungen zu Tunesien, vor allem aber zu Ägypten aufrecht zu erhalten. Denn in den Augen der Bürger waren es die USA, die das nun gestürzte Regime am meisten unterstützt haben. Für die USA wird es daher jedenfalls schwierig. Aber auch für alle übrigen wird es vor allem unkalkulierbar. Und Kalkulierbarkeit war doch der Vorteil der autoritären Herrscher – lange Dauer und Kalkulierbarkeit. Ein Vorteil gegenüber der Demokratie?

CASPAR EINEM
ist Chefredakteur der Zukunft.

ANTONY GORMLEY HORIZON FIELD

KUNSTHAUS BREGENZ

ANTONY GORMLEY HORIZON FIELD, AUGUST 2010 - APRIL 2012, EINE LANDSCHAFTSINSTALLATION IM ALPINEN HOCHGEBIRGE VORARLBERGS, ÖSTERREICH, PRESENTED BY KUNSTHAUS BREGENZ, STANDORT: LECH/ KRIEGERHORN NR. 13, AUFNAHMEDATUM: 13.07.2009, © KUNSTHAUS BREGENZ, ANTONY GORMLEY, FOTO: MARKUS TRETTER

ANTONY GORMLEY HORIZON FIELD, AUGUST 2010 - APRIL 2012, EINE LANDSCHAFTSINSTALLATION IM ALPINEN HOCHGEBIRGE VORARLBERGS, ÖSTERREICH, PRESENTED BY KUNSTHAUS BREGENZ, STANDORT: LECH/ KRIEGERHORN NR. 1, AUFNAHMEDATUM: 13.07.2009, © KUNSTHAUS BREGENZ, ANTONY GORMLEY, FOTO: MARKUS TRETTERR

ANTONY GORMLEY
HORIZON FIELD
KUNSTHAUS BREGENZ

Das Kunsthaus Bregenz hat mit dem britischen Künstler **Antony Gormley** ein einzigartiges Landschaftsprojekt in Vorarlberg realisiert, das bis April 2012 in den Bergen zu sehen ist. **Horizon Field** besteht aus einhundert lebensgrossen Abgüssen eines menschlichen Körpers aus massivem Gusseisen, die, über ein Gebiet von 150 Quadratkilometern verteilt, eine horizontale Linie auf 2.039 Metern über dem Meeresspiegel bilden. Die spezifische Platzierung hat keine metaphorische oder inhaltliche Bedeutung. Sie resultiert aus der Erfahrung des Künstlers vor Ort, dass es sich hierbei um eine gut zugängliche und dennoch dem Alltag enthobene Höhe handelt. Es ist die bis heute größte künstlerische und landschaftliche Intervention in Österreich. Mit dem im Bregenzerwald und im Arlberggebiet, in den Gemeinden Mellau, Schoppernau, Schröcken, Warth, Mittelberg, Lech, Klösterle und Dalaas angesiedeltem **Horizon Field** ist erstmals ein derartiges Kunstprojekt im Gebirge, noch dazu in großer Höhe, umgesetzt worden.

August 2010 bis April 2012
Kunsthaus Bregenz Karl-Tizian-Platz, 6900 Bregenz
Tel. +43 5574 48594-0 | www.kunsthaus-bregenz.a

THE
NORTH
FACE

Vom Weg abgekommen?

In seinem Beitrag geht Ferdinand Lacina der Frage nach, warum die Sozialdemokratie schon bessere Zeiten erlebt hat. Selbstkritik sei angesagt, um den Weg aus der Sackgasse zurück auf die Straße des Erfolgs zu finden.

Die europäische Sozialdemokratie hat schon bessere Zeiten erlebt. Die SPÖ ist eine der wenigen Parteien des Kontinents, die eine Regierung führt. Der griechischen wie auch der spanischen Partei wird wohl das Schicksal der portugiesischen Sozialisten kaum erspart bleiben, sie werden die Rechnung für die von der EU und vom Währungsfonds diktierte Austeritätspolitik vom Wähler präsentiert bekommen.

Hat Dahrendorf recht behalten, als er meinte, die Sozialdemokratie habe ihre historische Mission im »sozialdemokratischen« 20. Jahrhundert erfüllt und könne nun abtreten? Die Wirklichkeit sieht anders aus. Der Wohlfahrtsstaat wurde bereits vor der Krise abgebaut, heute ist er in allen Ländern in seinen Kernbereichen gefährdet. Vollbeschäftigung wird als unerreichbares Ziel angesehen. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise haben den Glauben an die Rationalität der Märkte, an die wundersame Wirkung der unsichtbaren Hand, tief erschüttert. Die Staaten intervenierten in einem Ausmaß, das vor kurzem noch unvorstellbar erschien, um die Weltwirtschaft zu stabilisieren. Konservative Politiker mussten eingestehen, dass das Vertrauen in die Selbstheilungskräfte der Märkte dahin ist. Nur die Staaten und ihre Agenturen – wie die Notenbanken – konnten das Desaster eines Zusammenbruchs der Weltwirtschaft verhindern.

Trotzdem kann jene politische Kraft, der von den Konservativen stets ein Hang zur staatlichen Intervention vorgeworfen wurde, die Sozialdemokratie, aus dem Scheitern des neoliberalen Konzepts keinen Gewinn erzielen. Nicht viel besser ergeht es den Gewerkschaften, die wie die sozialdemokratischen Parteien Mitglieder und Kampfkraft eingebüßt haben.

Selbstverständlich gibt es mannigfache strukturelle Gründe für diese Schwächen. Die Träger der »Arbeiter«-Bewegung sind zu einer Minderheit in der Gesellschaft geworden. Ihre Bastionen in den Betrieben sind im Zeitalter der Entindustrialisierung Europas vielfach verloren gegangen, einerseits als Folge der Rationalisierung, anderseits als Folge der Verlagerung arbeitsintensiver Produktionen in Niedriglohnländer. Manuelle Arbeit in Europa wird häufig von Arbeitsmigranten verrichtet, deren soziale Lage nicht allein durch traditionelle Gewerkschaftspolitik verbessert werden kann.

VERLUST DER KAMPFKRAFT

Strukturelle Krisen in vielen westeuropäischen Ländern haben zu einem relativ hohen Sockel an Arbeitslosigkeit geführt. Das Entstehen einer neuen Reservearmee an Arbeitslosen hat, verschärft durch den Standortwettbewerb mit den Schwellenländern, zu einem Verlust der Kampfkraft der Gewerkschaften geführt. Rationalisierung kann von ihnen offenbar nicht mehr mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung beantwortet werden. Weitgehende Flexibilisierung der Arbeitszeit, wie vor allem die Verlagerung der Beschäftigung auf Leiharbeitskräfte und prekär Beschäftigte, hat ihre Position in den Betrieben geschwächt und zur Entsolidarisierung abhängig Beschäftigter beigetragen. Um weiteren Produktionsverlagerungen vorzubeugen, verzichten die Gewerkschaften auf Lohnbewegungen, die die Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten steigern. Der Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen – die Lohnquote – ist in allen Industrieländern dramatisch gesunken.

Selbstkritik ist angesagt. Allzu lange hat die Arbeiterbewegung Probleme der Integration von Arbeitsmigranten und Flüchtlingen verdrängt. Nicht zu viel über Integration reden, sonst wächst die Fremdenfeindlichkeit und dies kommt nur den Rechtspopulisten zugute, das war lange Zeit angesagt. Damit sind selbst erfolgreiche Bemühungen um Integration, wenn sie auch unzureichend gewesen sein mögen, kaum ans Licht der Öffentlichkeit gelangt. Allzu lange hat es gedauert, bis etwa das passive Wahlrecht von Ausländern in den Vertretungen der Arbeitnehmer verlangt und durchgesetzt wurde. Ausländer und Österreicher mit Migrationshintergrund werden als Konkurrenz am Arbeitsmarkt erlebt, als Lohndrücker, die das Sozialsystem missbrauchen und gefährden. Dass die Wirklichkeit anders aussieht, ihre Arbeitsleistung in vielen Bereichen von Produktion und Dienstleistung – man denke nur an Spitäler oder Pflege – unverzichtbar sind, wurde verdrängt. Nicht zu sprechen von der Ausbeutung, der legal und illegal Beschäftigte im Arbeits- und Wohnbereich ausgesetzt waren und sind.

ZU WENIG WIDERSTAND

Neoliberalen Vorstößen gegen den Sozialstaat wurde zu wenig Widerstand entgegengesetzt, in manchen Fällen sogar an seinem Abbau mitgewirkt. Ein Beispiel dafür ist die Altersvorsorge. Dass die Arbeitenden mit ihren Beiträgen direkt und indirekt (über die Beiträge der Unternehmer) die Pensionsleistungen der früheren Generationen finanzieren, ist und bleibt die einzige Gewähr dafür, dass eine stabile Altersvorsorge aufrecht erhalten werden kann. Freilich ist durch Anpassungen des Antrittsalters an die steigende Lebenserwartung und Arbeitsfähigkeit die Nachhaltigkeit des Systems zu sichern. Das geschah allerdings eher zögerlich und hat dazu geführt, dass der Glaube an die Leistungsfähigkeit des Pensionssystems in den Augen vieler, vor allem der jungen Menschen gelitten hat. Das war der Ansatzpunkt für die Interessen privater Versicherungen und der Lobbies des Kapitalmarkts, die etwa in Großbritannien – auch unter Labour – eine weitgehende Privatisierung der Altersversorgung durchsetzten. In Österreich setzte die Rechtsregierung unter Schüssel die öffentliche Förderung privater Pensionen durch – ein klassisches Beispiel für Staatsausgaben, die von unten nach oben verteilen und nicht den Pensionisten, sondern dem Wiener Aktienmarkt zugute kamen. Bei den Sparern wurden Hoffnungen auf Renditen und Sicherheit geweckt, die weit überzogen waren und nunmehr schwer enttäuscht wurden.

Ein anderes Beispiel ist das unter einer rot-grünen Regierung in Deutschland etablierte System eines vom Staat massiv unterstützten Niedriglohnsektors. Auf diese Weise konnte zwar die Zahl der Arbeitslosen reduziert werden, allerdings um den Preis einer permanenten Zuzahlung öffentlicher Mittel für einen gespaltenen Arbeitsmarkt, auch mit verheerenden Folgen für das Bewusstsein derer, die in der Folge als »Unterschicht« angesprochen wurden.

Ein weiterer Grund für die strukturelle Schwäche der Sozialdemokratie liegt in ihren unzureichenden Reaktionen auf die Entwicklung der Medien. Die Parteizeitungen verfügten auch vor ihrer endgültigen Einstellung in fast allen europäischen Ländern nur über eine sehr eingeschränkte Verbreitung. Informationsvermittlung durch Funktionäre und überkommene Formen des Wahlkampfs als traditionelle Mittel der Mobilisierung sind nicht nur angesichts der rasch sinkenden Mitgliedszahlen kaum wirksam. Das Entstehen kritischer Diskussionsforen, auch in den neuen elektronischen Medien, die Interesse auch bei den Sozialdemokraten skeptisch gegenüberstehenden Menschen erwecken könnten, wurde nicht gefördert – eher im Gegenteil. Die Antwort auf verlorene Wahlen hieß: mehr Geschlossenheit. Ein abschreckendes Wort für alle, die vielleicht bereit wären, ein Stück des Weges gemeinsam mit den Sozialdemokraten zu gehen, würden ihre Argumente auch gehört, verstanden und aufgenommen. Es mag ein mühsamerer Weg sein, eine solche Öffnung zu versuchen, einen Dialog mit jenen, die vorwiegend der jungen Generation angehören und deren Frustration angesichts des Zustands unserer Gesellschaft in letztlich zielloser Empörung mündet.

Stattdessen wurden Allianzen mit Medien entwickelt, die wenig an Information, nichts zur Bewusstseinsbildung, aber viel zum Transport von Vorurteilen beitragen. Dem ehemaligen Vorsitzenden der SPD, Schröder, wird der Satz zugeschrieben, wonach es ihm genüge »Bild« und die »Glotze« auf seiner Seite zu wissen. Was für den Führer von »New Labour«, Tony Blair, der Boulevard des Rupert Murdoch war, ist für führende Funktionäre der SPÖ die »Krone«, »Österreich« und »Heute«. Kurzfristig mögen solche Allianzen wirksam sein, auf mittlere und längere Frist ist klar erkennbar, dass diese Medien naturgemäß ihre eigenen Interessen verfolgen – Markterweiterung durch Nutzung von Kontakten mit den jeweils »Mächtigen«. Und diese Interessen stehen im Gegensatz zu einer Bewegung, die ihr Ideengut letztlich aus der Aufklärung herleitet.

Der schwersten Weltwirtschaftskrise nach 1945 steht die europäische Sozialdemokratie geradezu hilflos gegenüber. Wohl wurden die schlimmsten Konsequenzen durch staatliche Interventionen gemildert. Doch die Krise hat tiefe Spuren in den öffentlichen Haushalten hinterlassen. Während die Reichen, dank der Staatseingriffe, mit einem blauen Auge davongekommen sind, manche in und an der Krise noch verdient haben, wird ein Land nach dem anderen von den »Märkten« in den Bankrott getrieben. Von einer gemeinsamen Strategie zur Krisenbekämpfung findet sich in der europäischen Sozialdemokratie kaum eine Spur. Die deutschen Sozialdemokraten verlangen die Solidarhaftung der Europäischen Union in Form von Anleihen, die von den Ländern der Euro-Zone gemeinsam ausgegeben werden, der österreichische Bundeskanzler lehnt solche Euro-Bonds strikt ab.

Dabei geht es schon lange nicht mehr um technische Fragen allein, so wichtig sie auch zur Rettung der Gemeinsamen Währung und damit auch der europäischen Integration sein mögen. Es geht um ein neues Gesellschaftsmodell. In seinem Buch »Dem Land geht es schlecht« hat Tony Judt das Defizit der europäischen Sozialdemokratie so beschrieben: »Für die Probleme unserer modernen Welt gibt es die Begriffe der klassischen politischen Philosophie: Unrecht, Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Unmoral. (…) Früher hat die Sozialdemokratie über solche Dinge gesprochen, bis auch sie vom Weg abkam.«

In jüngster Zeit sind es erzkonservative Kommentatoren, die an der Gültigkeit des neoliberalen Gesellschaftsmodells deutlich radikalere Zweifel anmelden als die sozialdemokratischen Parteiführer. Charles Moore, offizieller Biograph Margret Thatchers, meint, »dass er beginne zu glauben, dass die Linke recht hat«. Im konservativen Londoner »Telegraph« schreibt er:

»Die Reichen beherrschen ein globales System, das ihnen erlaubt Kapital so zu akkumulieren, dass sie den geringst möglichen Preis für Arbeit bezahlen. Die Freiheit, die daraus entsteht, nützt nur den Reichen. Die meisten müssen schlicht und einfach noch härter arbeiten in immer unsicherer werdenden Verhältnissen, um die Reichen noch reicher zu machen.«

Und Frank Schirrmacher, der Herausgeber der »Frankfurter Allgemeinen«, Hort des neoliberalen Gedankenguts in Deutschland, pflichtet ihm bei: »Ein Jahrzehnt enthemmter Finanzmarktökonomie entpuppt sich als das erfolgreichste Resozialisierungsprogramm linker Gesellschaftskritik.«

Möge Schirrmacher nur recht behalten, denn es ist – angesichts der Schwäche der europäischen Sozialdemokratie – beileibe nicht ausgemacht, ob die Linke in Europa die richtigen Antworten und Konzepte findet. Wie unfähig zur Führung des Landes, wie primitiv und zynisch in ihrer Agitation, wie moralisch verkommen auch Rechtspopulisten sein mögen, ihre einfachen und in ihrer Einfachheit falschen Argumente sprechen allzu viele Menschen an. Freilich sollten wir aus der Geschichte gelernt haben, aus den im wahrsten Sinn fatalen Folgen der Krise der Dreißiger Jahre, in denen Faschismus und Krieg unseren Kontinent überzogen haben.

»Sozialdemokraten müssen wieder lernen, über den eigenen Tellerrand zu blicken«, meint Tony Judt in dem zitierten Buch. Es gilt also nicht nur auf der nationalen Ebene Positionen zu verteidigen oder wieder zu gewinnen. Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist schlicht und einfach die Entwicklung eines alternativen Gesellschaftsmodells, zumindest für Europa. Das neoliberale Modell hat den Markt an die Stelle der Demokratie gesetzt, Regierende zu Reagierenden gemacht, den ausgeklügelten Strategien der Akteure auf den Finanzmärkten hinterher laufend.

RICHTIGE FRAGEN

Die Entwicklung eines solchen Gesellschaftsmodells ist keine einfache Sache. Es wäre verfehlt, gültige Antworten zu geben, bevor die richtigen Fragen gestellt worden sind. Und die Sozialdemokratie sollte sich auch nicht zu gut sein, Fragen und Antworten all jener aufzunehmen, die aus der Sackgasse heraus wollen. Dazu gehören neue Sozialbewegungen und – wie wir gesehen haben – selbst Konservative. Mit den Parolen von Geschlossenheit und dem Hochmut der Wissenden wird wohl kein Staat zu machen sein. Bruno Kreisky hatte keine Bedenken, Fragen und Antworten von Menschen aufzunehmen, die außerhalb der Bewegung standen – im Sinne einer »offenen Partei«, jedenfalls nicht einer »geschlossenen«. Freilich dürfen dann auch sogenannte Quereinsteiger nicht als »nützliche Idioten« angesehen werden, die lediglich zur Behübschung von Kandidatenlisten missbraucht werden.

Aktive Teilnahme an einer möglichst konkreten nationalen und europäischen Debatte ist angesagt, nicht die Erfindung von Worthülsen wie »Gerechtigkeitskampagne«. Gesprächs- und Bündnispartner können nur gewonnen werden, wenn wieder klar erkennbar wird, wofür Sozialdemokraten stehen.

FERDINAND LACINA
ist Ökonom und gehörte der österreichischen Bundesregierung von 1982 bis 1995 an. Zunächst Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Bundesminister für Verkehr, bekleidete er ab 1986 das Amt des Finanzministers der Republik Österreich.

Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft der Sozialdemokratie

Für Michael R. Krätke verspielt die Linke derzeit die große politische Chance, die sich ihr durch Finanz- und Wirtschaftskrise geboten hätte. Und nicht nur das: Die Sozialdemokratie drohe der Verlust ihrer hegemonialen Position innerhalb der Linken, wenn sie nicht zu einer Tradition des radikalen Reformismus zurückfinde.

Ein englisches Sprichwort lautet *»Never waste a good crisis«*. Die europäische Linke ist dabei, die beste Krise seit dem Ende des zweiten Weltkriegs zu verpassen. In der größten Krise des Kapitalismus seit 1929 verliert die Sozialdemokratie an allen Fronten, Rechts- und Linkspopulisten haben Zulauf wie nie zuvor. Auf der Rechten, bei den verbissensten Konservativen regen sich ernste Zweifel: Könnte es nicht sein, dass die Linke doch recht hatte mit ihrer Kritik des Kapitalismus?[1] Die europäische Linke aber ist und bleibt tief gespalten, noch nie war sie sich ihrer Kapitalismuskritik und ihrer Ziele so unsicher wie in dieser Krise. Die (moralischen und intellektuelle) Schwäche der Linken erklärt das merkwürdigste Phänomen der Krise, die im Sommer 2007 begann: Dass der so genannte Neoliberalismus, die heutige Form des »Kapitalismus als (Alltags) Religion«, nicht tot zu kriegen ist. Allen ökonomischen Katastrophen zum Trotz.[2]

Wo Sozialisten und Sozialdemokraten heute in Europa noch an der Regierung sind, spielen sie die höchst undankbare Rolle der Krisenmanager, die an der kurzen Leine des Europäischen Rats, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds agieren dürfen, Wahlen hin oder her. Ob an der Regierung oder in der Opposition – die große Krise trifft die europäische Linke ebenso rat- und konzeptionslos wie alle anderen. Improvisieren, Durchwursteln, getrieben von den Konvulsionen und Paniken der Finanzmarktakteure, dem wachsenden Zorn des eigenen Wahlvolks und der eigenen Zukunftsangst – so stolpert sie von Niederlage zu Niederlage. Ohne eine neue große Erzählung vom guten Leben, von einer besseren Zukunft jenseits des Kapitalismus, wie wir ihn kennen, lässt die Jahrzehnte währende Hegemonie des neoliberalen Denkens nicht brechen. Permanente Krisen gibt es nicht, aus jeder der vielen Krisen in seiner langen Geschichte hat der Kapitalismus bisher einen Ausweg gefunden – und sei es um den Preis einer neuen »großen Transformation«. Auf die jahrelang betriebene »Entfesselung« der Märkte müsste nun, in und dank der großen Krise nach aller historischen Erfahrung ein Rückschlag, eine politische und soziale Gegenbewegung erfolgen.[3] Und sei es aus dem schlichten Grund, dass ein »weiter so« oder eine Rückkehr zum *status quo ante* kaum vorstellbar erscheint nach all den Verlusten, den Zerstörungen und Erschütterungen der letzten Jahre.

Die spannende Frage ist nur, wohin diese Bewegung geht, wer sie trägt und führt, wer die wachsende Wut, die vielfältigen Proteste und Revolten auf ein gemeinsames, sinnvolles Ziel hin bündeln und dem konfusen, mehr gefühlten als durchdachten, mithin hilflosen (oder schlecht doktrinären) Antikapitalismus eine Richtung geben kann. Tony Judt, der 2010 verstorbene britisch-amerikanische Historiker, hat die europäische Sozialdemokratie aufgefordert, sich an die Spitze dieser Bewegung zu setzen. Wenn wir ihm glauben und folgen dürfen, gehört der »Sozialdemokratie der Angst« die Zukunft.[4]

DAS HEIMLICHE IDEAL

Das Vermächtnis des Tony Judt ist ein Plädoyer für den europäischen Wohlfahrtsstaat – als Kern des sozialdemokratischen Projekts. Doch ist der historische Kompromiss, der den Auf- und Ausbau von Wohlfahrtsstaaten in Westeuropa erlaubte, unwiederbringlich dahin. Zerfallen ist auch der »organisierte Kapitalismus«, das heimliche Ideal der europäischen Sozialde-

1. So der erzkonservative britische Journalist (und offizielle Biograph Margaret Thatchers) CHARLES MOORE in einem Artikel (»I'm starting to think that the Left might actually be right«) im Daily Telegraph, 22. Juli 2011.
2. Vgl. COLIN CROUCH, The Strange Non-Death of Neoliberalism, Cambridge – Malden 2011.
3. Das wäre die Erwartung, die der recht simplen Doppelbewegung entspräche, wie sie KARL POLANYI 1942 als generelle Regel für die Geschichte des Kapitalismus beschrieben hat: Entfesselung des bzw. der Märkte und politische Reaktion zu ihrer Einhegung bzw. zur Milderung der Folgen ihres ungehemmten Treibens. Tatsächlich gibt es nicht eine, sondern mehrere »große Transformationen« des modernen Kapitalismus (vgl. KARL POLANYI, The Great Transformation, Wien – Berlin 1978).
4. TONY JUDT, Ill fares the Land, 2010, auf Deutsch: Dem Land geht es schlecht. Ein Traktat über unsere Unzufriedenheit, Hanser Verlag: München 2011.

mokratie. Im desorganisierten, deregulierten Kapitalismus der Gegenwart können es sich die Machteliten leisten, auf jeden Kompromiss zu pfeifen. Die Angst der unteren Klassen vor der noch schlimmeren Zukunft gestattet es den Eliten, ihnen die Kosten der ökonomischen Desaster aufzubürden, die uns die vierte Große Depression in der Geschichte des Kapitalismus seit 2008 beschert hat. Mit dieser Angst wie mit der Angst vor den Folgen weiterer »sozialistischer Experimente« muss die europäische Sozialdemokratie umgehen, wenn sie dem Verdikt der Maggie Thatcher – »There is no alternative« – etwas entgegen setzen will.

Von Anfang an hat die demokratische Linke Europas den leninistischen »Weg zum Sozialismus« scharf kritisiert. Ohne Not hat sie ihr reiches marxistisches Erbe samt ihrer Tradition des radikalen Reformismus (oder der revolutionären Realpolitik) über Bord geworfen. So verlernte sie die hohe Schule der Kapitalismuskritik, Marx ebenso wie Schumpeter oder Keynes. In der Krise fehlen ihr Sprache, Begriffe, Symbole, um dem herrschenden (neoliberalen) Diskurs der Herrschenden zu widerstehen und mögliche Zukünfte des Kapitalismus – oder Zukünfte jenseits des Kapitalismus zu denken.

Ein Historiker, gerade ein Ex-Marxist wie Tony Judt, glaubt nicht an allgemeine Rezepte und globale Lösungen für alle Weltprobleme auf einmal. Er preist den Wohlfahrtsstaat – und denkt an Großbritannien, auch an Kontinentaleuropa. Europa, das alte Europa der Sozialdemokratie, nicht die USA, ist das Modell der Zukunft – was die Chinesen, mit einigen Vorbehalten, ähnlich sehen. In den USA gibt es bekanntlich keine Sozialdemokratie, auf der britischen Insel wurde sie von Blair und Co. erfolgreich demontiert. Judt fordert die europäische Sozialdemokratie auf, sich ihrer Stärken zu besinnen. Das sind jene Transformationen des Kapitalismus, an denen die Sozialdemokratie in ganz Europa führend beteiligt war – der Wohlfahrts- und Interventionsstaat, der umfangreiche Sektor öffentlicher Güter und Dienstleistungen, die regulierte, zivilisierte Form des Kapitalismus, wie wir sie kannten. Anathema, unvorstellbar für den neoliberal geprägten Zeitgeist; im Kontext der USA wäre es blanker »Sozialismus«.

Gegenüber der eklatant gescheiterten Utopie eines reinen, entfesselten Kapitalismus, einer radikalisierten Marktökonomie pur lohnt es sich in der Tat, ein paar Wahrheiten in Erinnerung zu rufen, die erfolgreich verdrängt wurden. So die Lehre vom »wirtschaftlichen Wert der Sozialpolitik«, vom entwickelten Sozialstaat, mit dem der Kapitalismus wie die bürgerliche Gesellschaft weit besser fahren als ohne ihn. So die Lehre von der unvermeidlich gemischten Struktur der Wirtschaft im real existierenden Kapitalismus, in dem Waren, Nicht- und Quasi-Waren, Gemeingüter und öffentliche Güter neben- und durcheinander produziert, verteilt und konsumiert werden, in verschiedenen interdependenten Sektoren, deren unscharf gezogene Grenzen stets umkämpft sind. Aber eine Rückkehr zum *status quo ante*, in die gar nicht so idyllischen Zeiten vor der letzten großen Krise, der Krise der 1970er Jahre, ist nicht möglich und nicht wünschenswert.

KEINESWEGS OBSOLET

Linke Staats- und Sozialstaatskritik ist keineswegs obsolet, der Sozialstaat, wie wir ihn kannten, war keineswegs eine große Maschine zur Reduzierung sozialer Ungleichheit und zur Förderung des Gemeinwohls aller. Wer den Sozialstaat und den öffentlichen Sektor wirkungsvoll verteidigen will, muss beide an Haupt und Gliedern reformieren wollen. Wer das will, braucht breite Allianzen, muss die Unterstützung der traditionellen Arbeiterklasse ebenso wie die der Prekären und der Mittelklassen (zurück) gewinnen und kann sich mit der Rolle des Anwalts der vom Sozialstaat, von Sozialtransfers und öffentlichen Dienstleistungen Abhängigen nicht bescheiden. Er braucht ein ernsthaftes Transformationsprojekt von angemessener Reichweite, keine Schlagworte wie »Fortschritt« und »Gerechtigkeit«; er muss der »unerträglichen Leichtigkeit der Politik« der Sachzwänge ein Ende machen. Die Politik der Privatisierungen, die Konsequenz des Aberglaubens an die Unfehlbarkeit der »Märkte«, hat nur Schaden angerichtet und

Katastrophen erzeugt, nicht nur bei den englischen Eisenbahnen, deren Niedergang Tony Judt beschreibt. Nicht Verstaatlichungen, sondern erweiterte, demokratische oder zumindest demokratiefähige Formen der öffentlichen Wirtschaft (mit Beteiligung, aber nicht unter Regie des Staates) sind die lang bekannte Antwort auf das Desaster der Privatisierungspolitik. Ohne ein ausreichendes und flexibles Angebot an öffentlichen Gütern und Diensten, die von der Kaufkraft oder Marktposition jedes Einzelnen unabhängig genutzt werden können, ist bürgerliche Gleichheit und Freiheit in kapitalistischen Ökonomien nicht denkbar.

Wenn der öffentliche Raum, die öffentliche Sphäre – das logische Gegenstück zur Privatsphäre und die Grundlage der Demokratie – nicht zur blossen Redefigur verkommen soll, braucht sie eine materielle Basis: Eine öffentliche, demokratisch regierte Wirtschaft, in der öffentliche und Gemeingüter produziert, verteilt und genutzt werden, und zwar von allen Bürgern eines Gemeinwesens.[5] In die öffentliche Domäne gehört im Prinzip alles, was jenseits des beschränkten Markthorizonts, des Horizonts des »Vermarktbaren« bzw. »privatunternehmerisch Machbaren« liegt. Die Grenzen des öffentlichen Sektors sind historisch veränderlich: Was läge nach der Erfahrung der großen Weltfinanzkrise seit September 2008 für die Linke näher als Banken und Bankgeschäfte (ausgenommen die rein spekulativen) in öffentliche Unternehmen und öffentliche Dienste zu verwandeln?

Jeder reformierte Sozialstaat der Zukunft baut auf der öffentlichen Sphäre auf und ist auf sie angewiesen. Wie der Staat, ganz alteuropäisch, die Aufgabe hat, Daseinsvorsorge für die gesamte Gesellschaft zu betreiben, Unsicherheiten zu reduzieren und Risiken, natürliche ebenso wie soziale, zu bearbeiten, wie es ohne Staat keinen Markt geben kann,[6] so hat der Sozialstaat seit jeher die Aufgabe, die menschliche Arbeitskraft, eine der beiden fundamentalen Quellen allen gesellschaftlichen Reichtums, zu erhalten und die Beziehungen zwischen Beschäftigern, Beschäftigten und Un- bzw. Unterbeschäftigten zu regulieren, also die soziale Integration einer bürgerlichen Marktgesellschaft zu ermöglichen. Ohne Sozialstaat keine moderne Lohnarbeit und kein moderner Arbeitsmarkt.[7] Sozialstaatsreform tut not. Denn der heutige Sozialstaat ist dank neoliberaler Reformen zum workfare Staat verkümmert, einem Staat des institutionalisierten Arbeitszwangs, der prekarisierte Beschäftigungsverhältnisse, soziale Spaltungen und Ausgrenzungen, regelrechte Unterklassen produziert, kurz – mehr soziale Probleme schafft als er bearbeiten kann.

Um das zu korrigieren, braucht es starke universalistische Elemente, also allgemein zugängliche, frei nutzbare Sozialleistungen (Transfers und Dienstleistungen), auf die jeder Bürger qua Bürger gleiches Anrecht hat – also eine Grundsicherung im Alter für alle (wie sie in vielen europäischen Ländern besteht), einen öffentlichen Gesundheitsdienst (wie in Großbritannien), ein öffentliches Bildungssystem (wie in Finnland) usw. Finanziert man sie aus allgemeinen Steuern, kann man sie nach Bedarf (statt nach zahlungsfähiger Nachfrage) einrichten und ihre Lasten auch gerecht, nach individueller oder kollektiver »Leistungsfähigkeit« verteilen.

Damit würde der Sozialstaat zum Kernstück einer »solidarischen« Ökonomie, die dem verlorenen Drittel des bürgerlichen Wertekanons, der Fraternité (Solidarität) wieder zu Geltung verhülfe. Im heutigen Europa bräuchte es noch weit mehr, nämlich eine Transnationalisierung des Sozialstaats (und des öffentlichen Sektors) über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg.

STAATLICHE KONTROLLE

Reichen derlei Reformen, um einen besseren, zivilisierten, ja »guten« Kapitalismus zu begründen? Gegen alle Spielarten des utopischen Sozialismus eint die demokratische Linke Europas die Überzeugung, dass sich ein hochkomplexes Wirtschafts- und Gesellschaftssytem wie der moderne Kapitalismus nicht einfach per Dekret »abschaffen« lässt. Selbst weitreichende

5. Auf den Unterschied zwischen öffentlichen Gütern und Gemeingütern gehe ich hier nicht weiter ein. Es gibt ihn aber und er ist nicht unwichtig für die Struktur einer gemischten Wirtschaft.
6. Ein in der Politischen Ökonomie seit langem bekannter Sachverhalt, der sich einfach bereits mit dem unvermeidlichen Doppelcharakter des Geldes als zugleich privates und öffentliches Gut erklärt.
7. Auch dieser altbekannte Sachverhalt ist mit der eigentümlichen Natur der »Ware Arbeitskraft« als »fiktive Ware« (so wie sie KARL MARX behandelt und KARL POLANYI benannt hat) hinreichend zu erklären
8. Vgl. z. B. SEBASTIAN DULLIEN / HANS JÖRG HERR / CHRISTIAN KELLERMANN, Der gute Kapitalismus, Bielefeld 2009.

Reformen werden nichts daran ändern, dass der Kapitalismus im Kern ein ziel- und massloses Wirtschaftssystem bleibt, verdammt zur Akkumulation (von Reichtum und Kapital) um der Akkumulation willen, gefesselt an das blinde, ziel- und maßlose Regulierungssystem des Marktes, gebunden an ein extrem übersimplifiziertes Rationalitätskriterium, das der Profitabilität. Wer den Kapitalismus vernünftig organisieren und regulieren will, muss ihn nicht staatlicher Kontrolle unterwerfen. Wohl aber muss er den »gesellschaftlichen Verstand«, das Wissen und Wollen aller Beteiligten und Betroffenen mobilisieren, um Richtung, Gang und Tempo der kapitalistischen Entwicklung kollektiven Entscheidungen zu unterwerfen. Nur die Schamanen des Marktfundamentalismus glauben, dass nur die Minderheit der Kapitalbesitzer bzw. der Investoren zu diesen Entscheidungen berufen seien.

Wer alle Beteiligten, alle »stakeholder« einer kapitalistischen Ökonomie (also z. B. auch die Konsumenten, auch die Beschäftigten und Nicht- bzw. Unterbeschäftigten) zur kollektiven Mitentscheidung befähigen und ermächtigen will, kommt um zwei komplementäre Skandalideen nicht herum: Die Skandalideen der Wirtschaftsdemokratie und des Marktsozialismus, gleichermassen geeignet als rotes Tuch für linke und rechte Doktrinäre.

Von diesen alteuropäischen Skandalideen wusste Tony Judt als guter Angelsachse wenig. Wer die Tradition der kontinentaleuropäischen Sozialdemokratie dagegen kennt, für den ist es ein Leichtes, die genannten Reformideen zu radikalisieren und zu einem Gesamtkonzept der »republikanischen Ökonomie« – altmodisch der »Wirtschaftsdemokratie« – zu verknüpfen. In der europäischen Tradition des demokratischen Sozialismus ist das nichts völlig Neues, viele ihrer führenden Theoretiker (z. B. Otto Bauer, aber auch Hermann Heller, Ernst Fraenkel) haben da schon vorgedacht. Die österreichische Sozialdemokratie verfügt mit dem reichen theoretischen (und praktischen) Erbe des Austromarxismus über ein Pfund, mit dem zu wuchern sich lohnt. Ein Brite könnte auf die Nachkriegsdebatten in der Labour Party um die Möglichkeiten und Formen demokratischer Wirtschaftsplanung verweisen. Friedrich von Hayeks Pamphlet »Der Weg zur Knechtschaft«, mit dem er jede Spielart der sozialistischen oder sozialdemokratischen Reformpolitik als Schritt zur totalitären Diktatur denunzierte, blieb nicht unwidersprochen. Nur wer von der langen Geschichte des europäischen Reformsozialismus (von Otto Bauer bis Ota Šik) rein gar nichts weiss bzw. wissen will, kann Hayeks Kampfschrift, das Manifest des späteren neoliberalen Dogmas, heute noch ernst nehmen.

GUTER KAPITALISMUS??

Konservative aber reformwillige Sozialdemokraten, die vom Sozialismus nichts (mehr) erwarten, plädieren für einen »guten Kapitalismus«, den die europäische Sozialdemokratie sich – in Ermangelung glaubwürdiger Alternativen – auf ihre Fahnen schreiben sollte.[8] Kriterien für einen »guten« Kapitalismus gäbe es: Das Stoppen der selbstzerstörerischen Tendenzen des modernen Kapitalismus, die die natürliche Umwelt ebenso schädigen wie die Substanz der menschlichen Gesellschaft, die individuelle und kollektive Arbeitsfähigkeit. Das Beenden bzw. Vermeiden von zyklischen Krisen, und – last not least –, das Beenden jener gigantischen Vernichtung und Vergeudung gesellschaftlicher und natürlicher Reichtümer, zu der der moderne Kapitalismus unweigerlich treibt.

Das sind ehrenwerte Ziele – und vielleicht kann man mit ihnen auch das höhere und fernere Ziel, die gute Gesellschaft erreichen. Eine Gesellschaft, die gutes Leben für alle, für jeden Einzelnen ermöglicht, in der die freie Entwicklung jedes Einzelnen die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist (wie es im Manifest der Kommunistischen Partei von 1848 heißt). Allerdings lässt sich all das nicht erreichen, ohne etliche der Basisinstitutionen des modernen Kapitalismus einschneidend zu verändern – und die Privatautonomie der Kapitaleigentümer ebenso wie das scheinbar blinde Walten der Marktkräfte demokratischer Kontrolle durch die vielen Bürger und stakeholder zu unterwerfen. Wie man das nennen soll, was bei

9. Einer der wenigen linken Intellektuellen, die es bislang gewagt haben, diesem modischen Neoleninismus zu widersprechen, war Micha Brumlik (siehe Neoleninismus in der Postdemokratie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8 / 2010, S. 105 - 116). Kurioserweise lassen sich demokratische Sozialisten und Sozialdemokraten bis heute vom Vorwurf des »Anti-Kommunismus« einschüchtern.

dieser Demokratisierung der Wirtschaft – und Sozialisierung der Märkte – herauskommt, ist eine akademische Frage.

Die europäische Sozialdemokratie braucht eine Kulturrevolution, nicht mehr und nicht weniger. Besinnt sie sich nicht rasch auf ihre Stärke, nimmt sie ihre eigene Tradition des radikalen Reformismus nicht ernst, wird sie den Kampf um die Hegemonie in der Linken, in der Arbeiterbewegung wie in den sozialen Bewegungen der Gegenwart verlieren. Ohne eine durchdachte Konzeption zur Reformation und demokratischen Transformation des Kapitalismus wird sie den Kampf um die Jungen, die Enttäuschten und zu Recht Empörten verlieren. Im Moment haben die verbalradikalen Revolutionsprediger, die Leninisten aller Couleur bei den Jungen, zu denen Tony Judt sprechen wollte, mehr Sexappeal als die alte Tante Sozialdemokratie. Um den Tiraden der Žižek, Badiou usw. zu begegnen, wird die demokratische Linke wieder Mut fassen müssen, sich ihres Verstandes zu bedienen.[9] Ihres Verstandes und zugleich des wichtigsten Organs der Vernunft, des Möglichkeitssinns, wie Robert Musil ihn genannt hat.

MICHAEL R. KRÄTKE
ist Professor für Politische Ökonomie an der Lancaster University, Mitherausgeber von spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft und im wissenschaftlichen Beirat der Beiträge zur Marx-Engels-Forschung.

ANTONY GORMLEY HORIZON FIELD

KUNSTHAUS BREGENZ

ANTONY GORMLEY HORIZON FIELD, AUGUST 2010 - APRIL 2012, EINE LANDSCHAFTSINSTALLATION IM ALPINEN HOCHGEBIRGE VORARLBERGS, ÖSTERREICH, PRESENTED BY KUNSTHAUS BREGENZ, STANDORT: LECH, KRIEGERHORN NR. 2 / NR. 3, AUFNAHMEDATUM: 10.06.2010, © KUNSTHAUS BREGENZ, ANTONY GORMLEY, FOTO: MARKUS TRETTER

Guter Kapitalismus, schlechter Kapitalismus

Der britische Publizist Will Hutton argumentiert in seinem Beitrag, warum Fairness und Verhältnismäßigkeit die unverzichtbaren Grundsteine jeder nachhaltigen und lebenswerten neuen Ordnung sind.

Europas Parteien der linken Mitte sind verstört, in der Defensive und auf der Flucht vor der Wirklichkeit. Zwei Dinge, meinen sie, müssten die Wähler in den vergangenen Jahren doch eigentlich gelernt haben: dass der Finanzkapitalismus nicht nur sich selbst gefährdet, sondern auch Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt; und dass der Staat des Bürgers Freund ist. Daran ist richtig, dass es um die Beliebtheit der Banker gar nicht gut steht. Aber die liberale Linke hat aus der neuen Lage keinen Nutzen gezogen. Stattdessen werden jetzt überall Regierungen, Schulden und Defizite als Schuldige ausgemacht. Sozialdemokraten mögen Retter in der Not gewesen sein – Dank dafür wird ihnen nicht zuteil.

Britischen Meinungsumfragen zufolge glaubt die Mehrheit der Bürger, verantwortlich für die Übel der Gegenwart seien Sozialbetrüger, Einwanderer und der Staat. Erst mit weitem Abstand folgen die Banker. Anderswo in Europa sieht es ähnlich aus. In einem derartig rauen Klima eine Basis für neues linksliberales Engagement aufzubauen, ist nicht einfach. In der Tat ist man sich nicht einmal in der linken Mitte selbst so richtig darüber im Klaren, wie solch ein Aktivismus denn aussehen sollte. Was ist überhaupt Sozialismus? Und was Sozialdemokratie? Was würde eine gute Wirtschaft und eine gute Gesellschaft ausmachen? An welche in der Gesellschaft verankerten Werte ließe sich anknüpfen? Bietet die politische Linke in irgendeinem europäischen Land eine überzeugende Antwort?

Offenbar nicht. In diesem Vakuum gedeihen garstige nationalistische Bewegungen, während auf der linken Seite des politischen Spektrums die Grünen eines der wenigen dynamischen Elemente bilden. Gerade die traditionelle Sozialdemokratie muss ihre Arbeit sehr viel besser machen, nicht zuletzt im Interesse der arbeitenden Menschen, die sie zu vertreten beansprucht.

Ich behaupte, den Anfang muss die linke Mitte machen, indem sie geradeaus denkt. Diese Aufgabe wiederum beginnt damit, Klarheit über das eigene Verhältnis zum Kapitalismus zu gewinnen. Die parlamentarischen linken Parteien in Europa werden niemals die Produktionsmittel vergesellschaften – und sie sollten das auch gar nicht wollen. Es gibt für solche Impulse weder eine soziale noch eine intellektuelle Grundlage. Und selbst wenn es sie gäbe, wären die Lehren des 20. Jahrhunderts eindeutig: Vergesellschaftung funktioniert nicht. Sie ist wirtschaftlich ineffizient und leistet dem Autoritarismus Vorschub. Das bedeutet ganz und gar nicht, dass es keine Rolle für öffentliches Eigentum oder öffentliches Handeln gäbe. Aber dieses Handeln steht in einem völlig anderen Kontext: dem in der europäischen Aufklärung wurzelnden Kampf für einen guten Kapitalismus und eine offene Gesellschaft.

Die europäische Sozialdemokratie ist Abkömmling und Hüterin der Aufklärung in einer fortdauernd kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft. Hingegen ist sie gerade kein Stoßtrupp der europäischen Arbeiterklasse, der ständig darauf drängt, die Kommandohöhen der Wirtschaft zu erobern oder die wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zu transformieren. Diese Unterscheidung ist ein fundamentaler gedanklicher Schritt – mit grundlegenden Folgen. Denn genau hier verläuft die Trennlinie zwischen Sozialisten und Sozialdemokraten. Sozialdemokraten streben nicht an, den Kapitalismus in etwas völlig anderes zu transformieren; Sozialdemokraten

wollen das Beste aus dem Kapitalismus herausholen. Die erste Gruppe von Gegnern der Sozialdemokratie besteht natürlich aus jenen Überkapitalisten, die behaupten, dass wirtschaftliche Dynamik dann entstehe, wenn der Kapitalismus seine atavistischen Raubtierinstinkte ausleben könne.

Überhaupt zwischen gutem und schlechtem Kapitalismus zu unterscheiden, ist nach dieser Logik ein fundamentaler Kategorienfehler. Interessanterweise stimmen Überkapitalisten und traditionelle Sozialisten in diesem einen (und einzigen) Punkt überein: An der Natur des Kapitalismus sei nun einmal nichts zu ändern.

Doch beide liegen falsch. Es gibt den guten und den schlechten Kapitalismus. Es gibt den Kapitalismus, der produktive Unternehmer angemessen belohnt. Das sind Unternehmer, die etablierte Platzhirsche herausfordern und kalkulierte Risiken mit dem Neuen eingehen. So erschaffen sie genau diejenige Art von Treiben, Bewegung und Energie, die sogar Marx als weltverwandelnde Kraft anerkannte. Es gibt den Kapitalismus, der begreift, dass Unternehmen soziale Schöpfungen sind. Es gibt den Kapitalismus, der versteht, dass es das Erlebnis geteilter Ziele ist, das Männer und Frauen langfristig dazu bewegt, etwas zu erfinden, zu erneuern und auf dem Markt anzubieten. Gemeinsam etwas Tolles schaffen und damit Geld verdienen – das ist guter Kapitalismus. Um jeden Preis Vermögenswerte ausquetschen, um nur ja einen Schnitt zu machen – das ist schlechter Kapitalismus.

MENSCHEN SIND EGAL

Der gute Kapitalismus ist nicht naturgegeben. Er ist eine soziale Konstruktion, entstanden im Laufe der Zeit und durch eine Vielzahl politischer Entscheidungen. Er ist nicht unabhängig von der Welt des Sozialen und des Politischen, sondern in diese Welt eingebettet. Er ist darauf angewiesen, dass Regierungen Märkte offen halten, damit eingesessene Marktteilnehmer vor neue Herausforderungen gestellt werden. Zugleich hängt der gute Kapitalismus davon ab, dass der Staat in physische Anlagen, in Wissen und in soziales Vermögen investiert – in Wissenschaft und in Straßen, in starke Familien, in soziale Mobilität und eine unabhängige Rechtsprechung. Öffentliche Macht mit demokratischem Mandat stellt die Regeln dafür auf, wie die Verpflichtungen aussehen, die mit unternehmerischem Eigentum einhergehen, wie sich Finanzmarkt und Wirtschaft zueinander verhalten und wie ganz normalen Menschen dabei geholfen wird, die Risiken des Lebens zu überstehen: Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter und Behinderung. All dies zusammen erschafft einen guten Kapitalismus – und eine gute Gesellschaft, in der solch ein Kapitalismus gedeihen kann. Vor allem stützt sich der gute Kapitalismus auf ein System von Werten: auf Fairness, auf Verhältnismäßigkeit und auf gegenseitigen Respekt.

Der schlechte Kapitalismus ist das Gegenteil: ein Universum aufgeblähter Platzhirsche und politisch festgezurrter Märkte, in dem produktive Unternehmer an den Rand gedrängt werden und öffentliche Investitionen zu kurz kommen. Dem schlechten Kapitalismus sind die Lebensverhältnisse und Lebensrisiken der Menschen egal. Die Vereinigten Staaten, behaupte ich, stehen heute kurz davor, sich von einem Land, in dem im Großen und Ganzen der gute Kapitalismus gesiegt hatte, in ein Land zu verwandeln, in dem der schlechte Kapitalismus triumphiert. Die Zukunft des 21. Jahrhunderts wird davon abhängen, ob dieses großartige Land die innere Kraft findet, sich den egoistischen Platzhirschen und ihren Armeen von Lobbyisten zu widersetzen, die die amerikanische Wirtschaft erstarren lassen.

In Europa wird derselbe Kampf auf andere Weise geführt. Zwar ist die europäische Wirtschaft ungeniert kapitalistisch, dennoch fehlt es hier an politischen Kräften, die sich offen für einen guten Kapitalismus einsetzen. Zwei Muster sind typisch: Entweder gerät die politische Linke gegenüber der Rechten kampflos ins Hintertreffen, indem sie dem Kapitalismus bloß mit Misstrauen und Widerstand begegnet, ohne zugleich etwas an seine Stelle zu setzen. Oder die politische Linke sieht

sich so sehr genötigt, ihre eigene Wirtschaftsfreundlichkeit unter Beweis zu stellen und jede grundsätzliche Kritik an der gegenwärtigen wirtschaftlichen Ordnung einzustellen, dass sie die Verbindung zu ihrer politischen Basis verliert. Ohne politischen Sachwalter ihrer Interessen drohen die Arbeiterschichten dann zur leichten Beute von Nationalisten und Rechtsextremisten zu werden.

Gerade Sozialdemokraten müssen begreifen, was ein ordentlich betriebener guter Kapitalismus zu leisten im Stande ist. Und sie müssen zeigen, dass es – paradoxerweise – überhaupt nur progressive Politik vermag, diejenige politische Spannung aufrechtzuerhalten, die aus dem Kapitalismus das Gute herausholt. Während sich die Rechte jeglichem Kapitalismus wahllos andient, besteht der sozialdemokratische Auftrag darin, den Kapitalismus beständig an sein aufklärerisches Erbe zurückzubinden und ihn so in den Dienst der Wünsche und Bedürfnisse der einfachen Leute zu stellen. Dies bedeutet aber nicht, dass jeder einzelne Aspekt des europäischen Sozialmodells auf Biegen und Brechen verteidigt werden sollte; guter Kapitalismus verlangt Flexibilität, Anpassungsfähigkeit und Offenheit – und zwar auch von den Insidern des Arbeitsmarktes. Das betrifft besonders Gewerkschaften, deren Ansprüche und Privilegien es kreativen Newcomern nicht weniger schwer machen, mächtige Platzhirsche herauszufordern als kapitalistische Monopolisten.

Denn der Kapitalismus vollführt einen Balanceakt. Sein Erfolg hängt ab von seiner Fähigkeit, produktives Unternehmertum zu entfesseln, das dann wiederum Wissen bereitstellt, mit dem die Produktivität und das Wohlbefinden der Menschheit vorangebracht werden. Dabei ist der Kapitalismus stets zwei Gefahren ausgesetzt: Er droht von Eliten gekapert zu werden, die manipulierte Gewinne einfahren wollen, um so ihren privilegierten Status zu behaupten. Und er kann zu reinem Gangstertum, zu Ausbeutung und Spekulation verkommen. Verantwortlich für solche Fehlentwicklungen können Banker, Infokapitalisten und Monopolisten sein – aber auch mächtige Gewerkschaften. Das Paradoxe ist, dass nur die Rückbindung an das Prinzip der Fairness den Kapitalismus bei seinem Drahtseilakt vor dem Absturz bewahren kann. Genau hier liegt die grundlegende und unverzichtbare Aufgabe der Sozialdemokratie.

DAS LEBEN – EIN LOTTERIESPIEL?

Angesichts des globalen Geschehens der vergangenen Jahre wirkt es vielleicht exzentrisch oder gar närrisch, Fairness als den schlechthin unverzichtbaren Wert eines guten Kapitalismus zu betonen. Die politische Rechte erwidert, nur ein Heiliger oder ein Naivling könne so weltfremd sein, nach Fairness im Kapitalismus zu rufen. Gewiss doch heiße Kapitalismus *survival of the fittest*, sagen sie, und natürlich sei das »unfair«. Na und? So sei nun einmal das Leben: ein Lotteriespiel. Intelligenz, Talent, Schönheit, familiärer Hintergrund – das alles werde eben nach dem Prinzip Zufall verteilt. Einigen werde das Glück in die Wiege gelegt, anderen nicht. Fairness in Wirtschaft und Gesellschaft zu fordern, das stehe schlicht im Widerspruch zu der Art und Weise, in der die Natur ihre Karten verteilt: »Fairness? Komm schon! Das ist doch bloß linkes Wolkenkuckucksheim.«

Aber Ungerechtigkeit ist kein von der Lotterie des Lebens unabänderlich ausgeworfenes Faktum. Sie ist auch nichts, was wir um der wirtschaftlichen Effizienz willen hinnehmen müssen. Ungerechtigkeit kann bekämpft und verringert werden. Das große säkulare – und natürlich religiöse – Denken war immer von der Annahme geleitet, dass guten Menschen ein gutes Schicksal widerfahren sollte – und schlechten Menschen ein schlechtes. Und dies solle in verhältnismäßiger und unparteiischer Weise geschehen.

Die Menschen wissen, dass es einen Zusammenhang zwischen Absichten und Handlungen gibt. Und sie wollen, dass gute Absichten und gute Ergebnisse belohnt, schlechte hingegen bestraft werden. Wir glauben leidenschaftlich daran, dass man seinen »gerechten Lohn« im Verhältnis dazu erhalten soll,

was man an Gutem oder Schlechtem geleistet hat. In diesem Sinne verstandene Fairness muss das Wertesystem sein, das die liberale Linke beseelt und mit Leben erfüllt.

Die Grundlage der Moral liegt schlechthin darin, dass alle ihren »gerechten Lohn« bekommen. Ein Kapitalismus, der voranzuschreiten versucht, als ob diese Instinkte ganz unwichtig wären, läuft sehr schnell in die Irre – ebenso wie jeder Sozialismus zur utopischen Unmöglichkeit verkommt, der keinen Sinn für individuelle Verantwortung sowie den mächtigen Wunsch der Menschen nach gerechtem Lohn und gerechter Strafe besitzt. Wir können individuelles Verhalten nicht als Ergebnis von Kräften und Strukturen entschuldigen, die sich jedem Einfluss des Einzelnen entziehen. Sozialdemokraten sollten sorgfältig zwischen verdientem und unverdientem Reichtum unterscheiden. Sie sollten auch zwischen redlichen und unredlichen Arbeitern unterscheiden sowie zwischen verdienter und unverdienter Armut. Auf diesen Punkt wies in seiner Kritik des Gothaer Programms bereits Karl Marx hin. Allzu sehr pflegen viele Linke die Vorstellung, an Misserfolg und Scheitern sei immer »der Kapitalismus« schuld und niemals individuelle Trägheit, niemals Betrug oder fehlende Selbstdisziplin.

EIN GEFÜHL ELEMENTARER UNGERECHTIGKEIT

Trotzdem bleibt richtig: Ohne Fairness wird der Kapitalismus toxisch. Er bringt Einkommen und Vermögen hervor, die zu den wirtschaftlichen und sozialen Beiträgen ihrer Bezieher in absurdem Missverhältnis stehen. Jenseits des privilegierten Kreises der so Bevorteilten kann kein Mensch begreifen, warum die Gesellschaft ihre Erträge so unfair verteilt. Die Menschen beginnen zu fragen, ob die Wahl bestimmter Berufswege – etwa in der Landwirtschaft, in der Lehre, in Medizin oder Wissenschaft – irgendeinen Sinn ergibt, wenn die Gesellschaft sie so kümmerlich entlohnt, während in der Finanzwelt zugleich so enorm viel verdient wird. Wie ein Virus breitet sich diese Selbstbefragung angesichts solcher Ungerechtigkeit aus. Fast überall in Europa ist der Aufstieg von politischen Gruppierungen zu beobachten – die English Defence League, die Wahren Finnen, die italienische Lega Nord, die niederländische Partij voor de Vrijheid oder die dänische Folkeparti –, die in unterschiedlichem Maße den Argwohn gegen Ausländer zu ihrem Markenzeichen machen. Der Erfolg dieser Parteien kann nicht damit erklärt werden, dass Europa plötzlich fremdenfeindlicher oder gar rassistischer geworden wäre. Entscheidend ist, dass in den gesellschaftlichen Blutkreislauf ein Gefühl elementarer Ungerechtigkeit eingedrungen ist.

In Europa gibt es keine starken Parteien und Glaubensüberzeugungen einer linken Mitte, die den Verdruss am gegenwärtigen Funktionieren des Kapitalismus zum Ausdruck bringen könnten. Es gibt sie deshalb nicht, weil die linke Mitte keine Sprache besitzt, um zwischen dem guten und dem schlechten Kapitalismus zu unterscheiden. Stattdessen richtet sich öffentliche Wut gegen den fremden »Anderen«: gegen den Muslim, gegen den europäischen oder den nichtweißen Einwanderer. Sie alle haben nicht in den kollektiven Topf eingezahlt. Es dürfte sich zwar um eine Legende handeln, aber Einwanderer werden heute so dargestellt, als wären sie sogar bevorzugte Bezieher von Wohnraum, Bildungs- und Gesundheitsleistungen, ohne einen eigenen Beitrag geleistet zu haben. De facto werden sie als Sozialbetrüger angesehen. Vertrauen löst sich auf, der Verdacht regiert – und es breitet sich eine Atmosphäre aus, in der die wirtschaftlichen und die sozialen Beziehungen gleichermaßen zerfressen werden.

Jeder Vorstellung von einem guten Kapitalismus und einer guten Gesellschaft muss eine gemeinsame Vorstellung von Fairness zugrunde liegen. Derzeit gibt es diese nicht. Die Reichen erklären, ihr Reichtum sei gerecht. Europas Reiche glauben zunehmend, dass sie der Gesellschaft, der Regierung und den öffentlichen Institutionen wenig bis gar nichts schulden. Sie akzeptieren keine Begrenzungen und keine Verhältnismäßigkeit. Als Vergleichsmaßstab lassen sie nur andere Reiche gelten – eine Attitüde, die perfekt in der Selbstgerechtigkeit zum Ausdruck kommt, mit der viele Banker jüngst ihre

übermäßigen und unverhältnismäßigen Boni gerechtfertigt haben. Sie drohen allen Ernstes sogar damit, Großbritannien oder Europa zu verlassen, sollten ihre Boni reduziert werden!

FUNDAMENTALER WERT

In solch einem Klima nimmt die Bereitschaft ab, für wohltätige Zwecke zu spenden, Steuerhinterziehung greift um sich, und die Vergütung von Managern steigt exponenziell. Alle drei Entwicklungen werden mit der Doktrin gerechtfertigt, dass es die Reichen nun einmal verdient hätten, reich zu sein. Derweil haben sich aus der Sicht der Reichen und aggressiver rechter Medien die Armen ihre Notlage selbst zuzuschreiben – sie hätten ja schließlich einen anderen Lebensweg einschlagen können. Die Armen könnten arbeiten, sparen und ein bisschen Eigeninitiative an den Tag legen. Warum also sollte man sie mit staatlichen Leistungen verhätscheln?

Angesichts solcher Einstellungen lösen Reformen des Bankwesens und geringere Boni, wenn auch von großer Bedeutung für die Stabilität des Systems, nur einen Teil des Problems. Die Banken hätten nicht so handeln können, wie sie gehandelt haben, wenn die Kultur und Praxis unserer Unternehmen keine tieferliegenden Defekte aufweisen würde. Bevor irgendwelche Reformen wirklich wirksam werden können, muss zuerst das moralische Gebäude in Frage gestellt werden, mit dem die Business-Eliten ihren Widerstand gegen Veränderungen rechtfertigen. Der Grundsatz, dass Menschen bekommen sollen, was ihnen gebührt, ist ein entscheidender Bestandteil der europäischen Kultur und muss bekräftigt werden.

Die meisten Europäer sind keine in der Wolle gefärbten Apostel der Gleichheit. Aber ebenso wenig glauben wir, dass die Würde eines Menschen in seinem Reichtum zum Ausdruck kommt. Wir glauben, dass Wohlstand verdient werden muss und dass der Lohn dabei in einem angemessenen Verhältnis zur erbrachten Leistung zu stehen hat. Die Verhältnismäßigkeit ist ein fundamentaler Wert. Dass die Finanz-und Wirtschaftseliten diesen Wert so eklatant missachten, beschwört eine wütende populistische Gegenbewegung herauf. Diese speist sich nicht, wie leichtfertig behauptet wird, aus Neid, sondern sie nährt sich aus einem tief sitzenden menschlichen Instinkt.

Zur Definition von Fairness gehört nicht nur das Prinzip, dass Leistung und Gegenleistung verhältnismäßig zu sein haben. Sie muss auch Überlegungen zur Rolle des Glücks einbeziehen, das ja offensichtlich von großer Bedeutung für jedes individuelle Schicksal ist. Jeder begreift die Bedeutung von Glück und Pech. Es gibt diejenige Art von Glück, zu der wir durch unsere Anstrengung und unseren Fleiß selbst beigetragen haben (»option luck«); wenn die Menschen hart für ihr Glück gearbeitet haben, dann sind ihr Erfolg und der damit einhergehende Wohlstand fair. Einer der Gründe dafür, dass Unterschiede von Einkommen und Wohlstand in den Vereinigten Staaten stärker toleriert werden als in Europa ist der dort verbreitete – wenngleich irrtümliche – Glaube, die amerikanische Gesellschaft sei hinreichend offen.

Die Reichen in den USA seien typischerweise deshalb reich, weil sie ihren Reichtum erarbeitet hätten. Die Europäer hingegen sind skeptischer. Sie leben in einem älteren Erdteil, in dem Reichtum häufig bereits mit der Geburt erworben wird. Der europäischen Kultur ist stärker bewusst, dass glückliche oder weniger glückliche Umstände der Herkunft einen enormen Einfluss darauf haben, ob jemand reich ist oder arm. Es handelt sich dabei um diejenige Form von purem Glück oder purem Unglück (»brute luck«), die wir uns gerade nicht durch unser eigenes Handeln »verdient« haben. Weder können wir die Reichen dafür loben, dass sie die richtigen Eltern gehabt haben, noch können wir den Armen die Schuld an ihren Eltern zuweisen.

PURES GLÜCK UND PURES PECH

Die Kategorien des »puren« Glücks und Pechs sind viel besser geeignet, kollektive Eingriffe zu legitimieren als das Ideal der Gleichheit, auf das sich Linke üblicherweise berufen, wenn

sie beispielsweise den Sinn von Sozialversicherungen oder Erbschaftssteuern begründen wollen. Niemand ist im Ernst davon überzeugt, dass völlige Gleichheit »verdient« ist; weder belohnt sie Anstrengung noch bestraft sie Drückeberger – das ist genau der Punkt, auf den bereits Marx hinwies. Anders verhält es sich mit purem Glück und purem Pech: Beides ist eindeutig Teil der conditio humana, und ebenso eindeutig gehört es zur sozialen Dimension unserer Existenz, dass wir gemeinsam handeln, um die Auswirkungen von purem Glück oder purem Pech abzumildern.

Und plötzlich lautet das zentrale Argument für öffentliche Gesundheits- oder Sozialleistungen ganz anders: Diese Leistungen sind nicht »sozialistisch«, sie sind nicht »liberal« oder »links«, sondern sie haben viel tiefer reichende Wurzeln. Es geht um die Verringerung von purem Pech.

Beispielsweise kann niemand von uns den Charakter der eigenen Genome kennen – geschweige denn etwas daran ändern, selbst wenn wir darüber Bescheid wüssten. Ob unser Körper zu schweren Krankheiten neigt – vom Krebs bis hin zur Demenz –, das ist eine Frage von purem Glück oder Pech. Natürlich sollte sich die Gesellschaft darauf verständigen, auf der Grundlage von Gegenseitigkeit jedes einzelne ihrer Mitglieder gegen das pure Pech von Krankheit zu versichern, ebenso gegen die Risiken von Arbeitslosigkeit, Berufsunfähigkeit und Alter. Meine eigene Überzeugung ist, dass diese Leistungen Anrechte sind. Aber um sie vor den Angriffen der politischen Rechten zu schützen, dass zu viele Menschen den Leistungsbezug als »Lebensstil« betrieben oder dass öffentliche Gesundheitsleistungen »sozialistisch« seien, halte ich es für eminent wichtig, einen klaren Zusammenhang zwischen Beiträgen und Leistungen sicherzustellen: Wir zahlen für unsere Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung; wir beziehen diese Leistungen deswegen, weil wir einen wohlerworbenen Anspruch auf sie haben – und nicht, weil uns nach staatlicher Durchleuchtung und amtlichem Ermessen unsere Bedürftigkeit bescheinigt worden wäre.

In ähnlicher Weise verändert sich der Streit um die Steuern in dem Augenblick völlig, in dem auf die Kategorie des Glücks Bezug genommen wird. Die Erbschaftssteuer zum Beispiel ist eben keine »Todessteuer« oder »Besteuerung des Sterbens«; sie ist eine »Wir-alle-haben-teil-an-deinem-Glück«-Steuer. Mit dem Prinzip der Fairness lassen sich auch die Konflikte rund um die Einwanderung besänftigen. Ganz normale Menschen aus der Arbeiterschicht halten überhaupt nichts davon, wenn eben erst angekommenen Einwanderern sofort die gesamte Bandbreite der Sozialleistungen gewährt wird, ohne dass sie einen eigenen Beitrag geleistet haben. Hier werden elementare Prinzipien der Fairness verletzt. Einwanderer sollten sich das Anrecht auf Sozialleistungen im Laufe der Zeit verdienen können; auf die vollständigen sozialen Bürgerrechte haben Menschen – völlig ungeachtet ihrer Religion oder ethnischen Herkunft – nur dann einen Anspruch, wenn sie sich diesen Anspruch tätig erworben haben. Diese säkularisierte Argumentation entledigt die Debatte der rassistischen Untertöne.

Weil es Linken um die Verringerung der Auswirkungen von purem Glück oder purem Pech geht, ist ihnen vor allem an sozialer Mobilität gelegen. Wir setzen uns deshalb für eine effektive und kluge Wohnungspolitik ein, für gute Bildung und Ausbildung, weil den Benachteiligten ein Leben ermöglicht werden soll, das sie selbst als lebenswert empfinden. Die Wege zu diesem Ziel können nichtstaatlich und dezentral organisiert sein – in Form von Wohnungsgenossenschaften, freien Schulen et cetera –, aber die Aufgabe muss stets als ein Akt der sozialen Mobilisierung begriffen werden.

DAS PRINZIP FAIRNESS IN DER WIRTSCHAFT

Das Prinzip der Fairness – Leistung und Gegenleistung, Verhältnismäßigkeit, Glück und Pech – muss nicht nur für den sozialen Bereich gelten, sondern auch in der Wirtschaft. In sozialer Hinsicht geht es darum, zur Verringerung von Risiken ein Netz von sozialen Institutionen zu schaffen und aufrechtzuerhalten, das auf gegenseitigen Zahlungen und Leistungen basiert. In der Sphäre der Ökonomie ist Ähnli-

ches nötig. Die zentrale Schwäche der Argumente für die reine Marktwirtschaft, so wie sie vor allem in den USA von der Rechten vorgetragen werden, liegt in ihrer völligen Blindheit für die Realität des Risikos und der Unvorhersehbarkeit der Zukunft. Die Genialität des Kapitalismus besteht darin, dass er im ständigen Prozess des Experimentierens immer wieder Neues zu verarbeiten vermag. Die Fortschritte in Wissenschaft und Technologie verwandelt er in neue Formen der Produktion. Aber dies ist notwendigerweise ein hochgradig riskanter Prozess. Unternehmer können nie wissen, ob ihre Ideen oder Unternehmen tatsächlich funktionieren werden. Sie leben mit dem Risiko und dem Wissen, dass ihre harte Arbeit und ihre Innovationskraft möglicherweise nicht gebührend belohnt werden.

Europäischen Ökonomen quer durch das gesamte politische Spektrum – Hayek, Schumpeter, Keynes, Knight – war stets klar, dass dem Kapitalismus existenzielle Unsicherheit innewohnt, die Instabilität und Ungerechtigkeit zur Folge hat. Demgegenüber wird in der amerikanischen ökonomischen Theorie traditionell versucht, den Faktor der Ungewissheit auszublenden. So werden etwa die Erwartungen der Marktteilnehmer als rational erachtet, und den Märkten schreibt man zu, sie würden sich auf mechanistische Weise immer wieder optimal reorganisieren.

ABSURDE DEUTUNG

Märkte werden mithin als nahezu perfekt vergöttert – eine absurde Deutung, die selbst marktwirtschaftlich gesonnene europäische Theoretiker wie Hayek niemals vertreten hätten. Keynes verstand Hayeks Pointe sehr genau: Der Kern des Kapitalismus liegt in dessen brillantem Prozess von Entdeckung und Erprobung. Er erwiderte allerdings: Wenn Märkte – gerade deshalb – instabil sind und von tief greifenden Unsicherheiten heimgesucht werden, dann muss als Gegenmacht notwendigerweise ein demokratischer Staat auf den Plan treten, um die besten Seiten des Kapitalismus zur Geltung zu bringen.

Das spricht nicht nur für eine aktive Fiskal- und Geldpolitik – besonders im Gefolge der Kreditklemme –, sondern auch dafür, dass der Staat Unternehmer und unternehmerischen Geist aktiv fördert. Nur der Staat kann das Risiko mindern, mit dem es kapitalistische Unternehmen im Kapitalismus zu tun haben. Unternehmertum gedeiht dort am besten, wo es in ein Netz von risikomindernden Institutionen eingewoben ist – ein Ökosystem von Innovation und Investitionen gewissermaßen. Der Staat muss sicherstellen, dass dieses Ökosystem existiert, dass es gut funktioniert und durch finanzielle Förderung am Laufen gehalten wird.

Manches Notwendige – ob Risikokapital oder die Absicherung von besonders riskanten Verträgen – mögen Märkte spontan hervorbringen. Aber nicht viel. Universitäten und Forschungsinstitute, die neues Wissen schaffen; Institute des Technologietransfers; Wissenschaftsparks; Banken und Finanzinstitute, die neue Vorhaben unterstützen; Institutionen, die Erwerbstätige mit zeitgemäßen Fähigkeiten ausstatten; weit in die Zukunft hinein geltende Preisgarantien, die wichtige Investitionen in die heutige Infrastruktur ökonomisch sinnvoll machen – das sind alles notwendige Eingriffe in die angeblich natürlichen Prozesse des Kapitalismus. Sie ermöglichen es Unternehmen, besser mit Risiken umzugehen und dadurch Wohlstand und Arbeitsplätze zu schaffen.

Ein guter Kapitalismus hat damit zwei wichtige Eigenschaften. Er ist zum einen ein System, in dem die Erträge von Eigentümern und Managern in einem proportionalen Verhältnis zu eingegangenen Risiken stehen (und eben kein System des »winner takes all«). Zum anderen weist der gute Kapitalismus politisch und sozial konstruierte Institutionen auf, die das Risiko so mindern helfen, dass größere Risiken überhaupt eingegangen werden können. Die Behauptung der Rechten ist schlicht Quatsch, erfolgreiches Unternehmertum habe vor allem mit Individualismus, unbeschränkten Eigentumsrechten, niedrigen Steuern und geringer Regulierung zu tun. Tatsächlich entsteht erfolgreiches Unternehmertum

im guten Kapitalismus – nämlich dort, wo Risiken verringert und geteilt werden und Eigentümer nicht nur auf ihre Rechte pochen, sondern auch wechselseitige Verantwortung anerkennen.

GROBSCHLÄCHTIGE RECHTE

In dem Maße, wie die wissensintensive Wirtschaft zunehmend die ökonomische Aktivität dominiert, wachsen die Risiken und die Dynamik weiter. Die sozialen Institutionen müssen sich verändern, um diesem Wandel gerecht zu werden. Die Rechte liegt richtig, wenn sie argumentiert, dass übermäßige Verankerung von Arbeitnehmerrechten wie etwa großzügige Abfindungen noch mehr Risiken für Unternehmen schaffen. Aber die von rechter Seite vorgeschlagene Lösung, Arbeitnehmerrechte zu beschneiden oder ganz abzuschaffen, ist zu grobschlächtig. So würden die Risiken nur auf normale Arbeitnehmer übertragen. Stattdessen muss das Verbundnetz aus Arbeit, Ausbildung und sozialer Sicherheit nach dem Prinzip der »Flexicurity« neu ausgestaltet werden. Bisherige Arbeitnehmerrechte, die Neueinstellungen und die Expansion von Beschäftigung behindern, müssen möglicherweise eingeschränkt werden.

Das geht aber nur, wenn sie auf dreierlei Weise ersetzt werden: Erstens muss das Arbeitslosengeld so weit erhöht werden, dass Arbeitnehmer im Übergang zwischen Arbeitsplätzen keine herben Einkommensverluste erleiden. Zweitens sollte für Abfindungen vorgesehenes Geld dafür ausgegeben werden, alle Arbeitnehmer kontinuierlich weiterzubilden. Drittens schließlich müssen Regierungen – so wie Roosevelts »Works Progress Administration« in der Ära des New Deal – notfalls als Arbeitgeber der letzten Instanz einspringen. Sozialdemokratische Fairness verlangt dies und nicht weniger: eine gute Gesellschaft, in der guter Kapitalismus gedeihen kann. Das Prinzip der Flexicurity ist eine faire Möglichkeit, neue Risiken zu verteilen und zu mildern sowie das pure Pech in Schach zu halten, das die schnelllebige wissensintensive Wirtschaft unweigerlich mit sich bringt.

Und es gibt eine letzte Dimension der Fairness, vielleicht die wichtigste überhaupt. Den Menschen liegt ganz enorm an fairen Verfahren. Sie wollen eine Stimme haben, sie wollen teilnehmen und sich auf die Unparteilichkeit von Entscheidungen verlassen können – nicht nur im öffentlichen Raum, sondern auch am Arbeitsplatz. Natürlich sind Demokratie und Rechtsstaatlichkeit entscheidende Prozeduren der Fairness – dasselbe gilt jedoch für die effektive Vertretung von Arbeitnehmerrechten. Ob ein politisches und mediales System als fair und legitim gelten kann, bemisst sich zum einen darin, in welchem Umfang das gesamte Spektrum von Meinungen zum Ausdruck gebracht werden kann; zum anderen darin, ob Newcomer in der Wirtschaft, im sozialen Leben und in der Politik die Möglichkeit haben, das alteingesessene Personal herauszufordern.

DAS POLITISCHE PROJEKT DER FAIRNESS

Nur wenige westliche Demokratien entsprechen heute diesem Ideal – und das Ergebnis ist die Austrocknung von Wirtschaft und Politik. Zu viel Konzernmacht bleibt unangefochten, sowohl von der Politik als auch am Arbeitsplatz. Einer der besten Aspekte des europäischen Modells ist deshalb das System der betrieblichen Mitbestimmung, das Unternehmen zumindest zu Information und Konsultation verpflichtet. Zugleich gilt, dass die Politik in dem Maße allzu vorhersehbar geworden ist, wie sich Politiker darauf beschränken, das Gleichgewicht zwischen eingesessenen Interessengruppen zu bewahren, statt an Werten orientierte neue Ziele zu formulieren und aktive Führung zu übernehmen. Die politische Linke trägt daran genauso viel Schuld wie die Rechte – und vielleicht sogar noch mehr. Aber um es besser zu machen, braucht sie sowohl einen moralischen Anker als auch ein politisches Projekt.

Die hier vorgeschlagene Definition von Fairness ist radikal. Sie dreht sich eher um Gerechtigkeit als um Gleichheit; aber sie ist deshalb nicht weniger anspruchsvoll. Sie wendet sich den wirtschaftlichen und moralischen Fragen zu, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten ignoriert worden sind: den

dramatischen Unterschieden von Reichtum und Macht sowie dem blinden Glauben an Individualismus und Markt. Es geht bei der Idee der Fairness um ein Wertesystem, das die liberale soziale Demokratie untermauert. Dieses Wertesystem ist liberal, weil es anerkennt, dass individuelles Verhalten belohnt (oder bestraft) werden sollte. Aber es ist zugleich sozialdemokratisch, weil soziale und kollektive Macht genutzt werden soll, um die Wirkung des puren Glücks oder Pechs zu dämpfen.

Ich behaupte, dass dieses Wertesystem der Fairness den Weg weist, auf dem sich die linke Mitte in Europa selbst neu erfinden und öffentliche Zustimmung erzielen kann. Um es zu wiederholen: Fairness ist der unverzichtbare Wert, der den guten Kapitalismus und die gute Gesellschaft untermauert. Dieser Wert wird der Grundstein jeder nachhaltigen neuen Ordnung sein.

WILL HUTTON
hat Ökonomie und Soziologie studiert, war Chefredakteur des Observer und gilt bis heute als einer der renommiertesten britischen Wirtschaftskommentatoren. Er leitet den Londoner Think Tank »The Work Foundation« und zeichnet für eine reiche Fülle an Publikationen, teilweise auch gemeinsam mit Anthony Giddens, verantwortlich.
Aus dem Englischen von Tobias Dürr.

ANTONY GORMLEY HORIZON FIELD

KUNSTHAUS BREGENZ

ANTONY GORMLEY HORIZON FIELD, AUGUST 2010 - APRIL 2012, EINE LANDSCHAFTSINSTALLATION IM ALPINEN HOCHGEBIRGE VORARLBERGS, ÖSTERREICH, PRESENTED BY KUNSTHAUS BREGENZ, STANDORT: LECH/ KRIEGERHORN NR. 13, AUFNAHMEDATUM: 13.02.2010, © KUNSTHAUS BREGENZ, ANTONY GORMLEY, FOTO: MARKUS TRETTER

Wirtschaftspolitik bei Otto Bauer

Am 5. September hätte Otto Bauer seinen 130. Geburtstag gefeiert. Markus Schweiger würdigt aus diesem Anlass die wirtschaftspolitischen Überlegungen jenes Theoretikers, der – ohne je Parteivorsitzender gewesen zu sein – kraft seiner intellektuellen Autorität bis heute als Anführer der österreichischen Sozialdemokratie der Ersten Republik gilt.

Politisches Genie oder Irrgänger? Held oder Totengräber der österreichischen Sozialdemokratie der Ersten Republik? Ahnvater oder beschämt verschwiegenes schwarzes Schaf der sozialistischen/sozialdemokratischen Politik der Zweiten Republik? Demokratischer Realist oder reformistischer Zauderer?

So vielfältig das Werk von Otto Bauer ist, so vielfältig sind auch die Einschätzungen seiner Persönlichkeit und seiner theoretischen sowie politischen Leistungen. Die zu Beginn angedeutete Liste könnte noch mit beliebigen Gegensätzen weitergeführt werden. Das jeweilige persönliche Sein bestimmt auch hier das Bewusstsein und somit die subjektive Bewertung. Von den einen gehasst – von den anderen bewundert. Exemplarisch für die extremen Bewertungen der Person Otto Bauer sei hier eine äußerst positive, nämlich jene von Jacques Hannak aus seiner volkstümlichen Geschichte der Sozialistischen Partei Österreichs, zitiert:

»Wie wir schon ausgeführt haben, bestand Otto Bauers historische Leistung darin, daß er den durch Krieg, Revolution, Arbeitslosigkeit und Unsicherheit des Lebens tiefaufgewühlten Massen eine leuchtende Vision gegeben und sie gerade mit Hilfe dieser Vision zu der nüchternen Tagesarbeit praktischer Sozialreform auf dem Boden der Demokratie angeeifert hat. Ohne Otto Bauer hätte es vielleicht keinen Breitner [Stadtrat für Finanzen in Wien (1919-1932), M.S.] gegeben, ohne die Begeisterung der Massen nicht ihre Disziplin, ohne den Schwung einer großen Bewegung nicht die tiefinnerliche Verbundenheit mit der Demokratie.« (Hannak 1952: 304)

Objektiv unbestritten scheint jedoch die Anerkennung für die Gewaltigkeit seiner intellektuellen Leistungen zu sein. Kaum ein Thema, zu dem sich nicht die eine oder andere theoretische Arbeit, der eine oder andere publizistische Artikel oder eine politische Rede findet. Sogar von den ideologischen GegnernInnen wurde Otto Bauer in Hinblick auf seine theoretischen Kenntnisse Respekt entgegengebracht So schreibt zum Beispiel Ludwig Mises über ihn:

»Ich bin im Laufe meines Lebens nahezu allen marxistischen Theoretikern West- und Mitteleuropas begegnet und habe unter ihnen nur einen einzigen Mann gefunden, der über das bescheidene Mittelmaß hinausragte. Otto Bauer [...]« (Mises 1978: 11)

Ohne auf die Erinnerungen von Ludwig Mises näher eingehen zu können, zeigt dieses Zitat doch sehr anschaulich, dass die Person Otto Bauer weit über das sozialdemokratische Lager hinaus andere Menschen beeindruckt hat.

Das explizite Ziel dieses Artikels ist aber die Betrachtung einiger wirtschaftspolitischer Aspekte im Œuvre von Otto Bauer. Da eine vollkommene Analyse den Rahmen sprengen würde, werde ich auf zwei idealtypische Beispiele zurückgreifen, die ein Bild dessen skizzieren sollen, was in sehr weitläufiger Interpretation als zentrale Merkmale der wirtschaftspolitischen Konzeption Otto Bauers gesehen werden kann. Da ein ausschließlich historischer Artikel für die gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen von beschränktem Unterhaltungswert ist, werde ich auch den Versuch unternehmen, für die Gegenwart brauchbare

Schlussfolgerungen erfolgreicher inhaltlicher politischer Arbeit anzudeuten.

DAS UMFELD

Bevor jedoch mit der Darstellung und Analyse einiger zentraler Gedanken begonnen werden kann, lohnt sich ein kurzer Blick auf das wirtschaftliche, soziale und politische Umfeld der damaligen Zeit. Nur so sind die Grenzen zu verstehen, innerhalb derer sich die wirtschaftspolitischen Ideen Otto Bauers entwickeln und entfalten konnten. Insbesondere zur Zeit der Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (1918 bis 1920) war eine keynesianisch geprägte Wirtschaftspolitik bestenfalls als Silberstreif am Horizont sichtbar.

Die politische, aber auch die (wirtschafts)wissenschaftliche Landschaft war gespalten in zwei Lager, welche an der Erschaffung vollkommen unterschiedlicher gesellschaftlicher Realitäten arbeiteten. Daneben galt es noch, die Wirtschaft von der Kriegsproduktion auf die Friedensproduktion umzustellen. Die junge Republik stand vor den Herausforderungen, den Wegfall der industrialisierten Gebiete der ehemaligen Monarchie zu verkraften, die Umstellung von früher innerstaatlichen Warenströme auf Ströme zwischen souveränen Staaten zu bewältigen, die Inflation zu bekämpfen und eine für das neue Österreich zu große Finanzindustrie und Bürokratie wirtschaftlich zu integrieren.

Verbunden mit der Genfer Sanierung von 1922, deren Bedingungen die österreichische Politik unter die Kontrolle eines internationalen Generalkommissars stellten, waren daher die wirtschaftspolitischen Möglichkeiten zu dieser Zeit aufgrund der geschilderten Umstände sehr eingeschränkt (vgl. Butschek 2011: 190). Bedeutende wirtschaftspolitische Maßnahmen wurden außerdem unter dem Mantel der Sozialgesetzgebung und in diesem Feld in einem Umfang vollzogen, der es durchaus rechtfertigt, diese Zeit Butschek folgend als »sozialpolitische Gründerzeit« (Butschek 2011: 192) zu bezeichnen.

Abseits von ideologischen und ökonomischen Schranken standen der damaligen Wirtschaftspolitik auch viele methodische, makroökonomische sowie statistische Hilfsmittel und Daten noch nicht zur Verfügung, auf welche die heutige Politik selbstverständlich zurückgreifen kann. Diese mussten erst langsam und mühsam aufgebaut werden. Auf sozialdemokratischer Seite geschah dies sukzessive unter anderem in der neu geschaffenen Wiener Arbeiterkammer, während sich das bürgerlicher Lager der Universitäten, der Handelskammer sowie neuer Einrichtungen wie zum Beispiel dem Österreichischen Institut für Konjunkturforschung, welches im Jahr 1926 von Ludwig Mises und Friedrich Hayek gegründet wurde, bediente (vgl. Schweiger 2008).

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Nähert man sich nun den konkreten wirtschaftspolitischen Ansätzen und Ideen Otto Bauers, so sind jedenfalls die gemachten Bemerkungen zu den vorhandenen Einschränkungen der damaligen Zeit zu beachten. Diese Einschränkungen wie wenig Autonomie, wesentliche (aus heutiger Sicht) wirtschaftspolitische Maßnahmen im Rahmen der Sozialgesetzgebung verabschiedet sowie fehlende Instrumente, machen es daher erforderlich, Wirtschaftspolitik bei Otto Bauer weiter zu fassen und auch Anmerkungen zu seinen theoretischen und empirischen Arbeiten zum wirtschaftlichen System in eine Betrachtung seiner wirtschaftspolitischen Gedanken einfließen zu lassen.

Um eine möglichst umfassende Einordnung seiner Gedanken und Theorien zu gewährleisten, möchte ich daher zwischen Wirtschaftspolitik im engeren und im weiteren Sinn unterscheiden. Wirtschaftspolitik im engeren Sinne ist jener Teil seiner Arbeit, der seinen Niederschlag in einer konkreten Programmatik mit klar formulierten Forderungen findet. Wirtschaftspolitik im weiteren Sinn stellt für mich im Werk von Otto Bauer die für ihn charakteristische Zusammenschau von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft dar, die basierend auf theoretischen und empirischen Analysen der Wirtschaft ver-

suchte, das gesellschaftliche Umfeld zu verstehen und daraus ganz konkrete politische Forderungen und Vorgangsweisen ableitete.

Wichtigster Ansatzpunkt zur Darstellung der wirtschaftspolitischen Konzeptionen und Ideen im engeren Sinn muss das zentrale programmatische Dokument der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei sein: das Linzer Programm von 1926. Das Linzer Programm eignet sich deshalb als Ausgangspunkt, da die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und auch Otto Bauer als ihr wichtigster Theoretiker, sich zu diesem Zeitpunkt auf dem Höhepunkt ihres Wirkens befanden (vgl. Hanisch 2011: 230) und das Programm sehr stark die Handschrift Otto Bauers trägt (vgl. Hindels o.J.). Folgende 10 Forderungen sind unter dem Kapitel »Wirtschaftspolitik« im Linzer Programm auszumachen:

1. »Die Sozialdemokratie fördert die Steigerung der Ergiebigkeit der Arbeit als Voraussetzung der Hebung der Lebenshaltung der arbeitenden Volksmassen. Sie fordert zu diesem Zwecke: Beseitigung der Schranken, die der Entwicklung der Arbeitsteilung zwischen den Völkern im Wege stehen: Internationaler Abbau der Schutzzollsysteme und der Freizügigkeitsbeschränkungen.
2. Hebung der Ergiebigkeit der Arbeit in der Land- und Forstwirtschaft: die zu diesem Zwecke zu ergreifenden Maßregeln sind in dem vom Wiener Parteitag 1925 beschlossenen Agrarprogramm, das als ein Bestandteil dieses Programms anzusehen ist, zusammengefaßt.
3. Beseitigung der zünftlerischen und der bürokratischen Hindernisse der Entwicklung der Produktivkräfte. Staatliche Förderung der Ansiedlung und Entwicklung neuer Industriezweige, der Ausnutzung der natürlichen Kraftquellen und des Ausbaues des Verkehrswesens.
4. Berufliche Ertüchtigung der Arbeiterjugend: Ausbau der Fortbildungs- und Fachschulen und des Lehrwerkstättenwesens. Beschränkung der Lehrzeit auf das für die berufliche Ausbildung notwendige Ausmaß. Berufsberatung und paritätische Lehrstellenvermittlung.
5. Erhaltung und Befestigung der wertbeständigen Währung. Die Sozialdemokratie fordert die Bekämpfung der Wirtschaftskrisen durch Konzentration der öffentlichen Arbeiten und Bestellungen auf Zeiten großer Arbeitslosigkeit und durch Ausbau der produktiven Arbeitslosenfürsorge.
6. Die Sozialdemokratie bekämpft die kapitalistischen Monopole: Verschärfung der Staatsaufsicht über die Kredit- und Zinsfußpolitik der Notenbank, über die Banken, die Kartelle und Industriekonzerne; Erlassung eines Kartellgesetzes. Staatliches Ein- und Ausfuhrmonopol für Getreide und Mahlprodukte.
7. Aufhebung der Fideikommisse, der Eigenjagdrechte und der privaten Fischereirechte; Übertragung des Jagdrechtes an die Gemeinden.
8. Die Sozialdemokratie fördert die Entwicklung der Gemeinwirtschaft: der Genossenschaften der Arbeiter, der gewerblichen und bäuerlichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, der gemeinwirtschaftlichen Anstalten, der Staats- und Gemeindebetriebe. Ausschaltung des kapitalistischen Handels durch unmittelbare Verbindung zwischen den bäuerlichen und gewerblichen Produzentengenossenschaften und den Konsumgenossenschaften. Vergrößerung des Grundbesitzes der Gemeinden, Vorkaufsrecht der Gemeinden auf allen zum Verkauf gelangenden Boden. Verwandlung des land- und forstwirtschaftlich genutzten Gemeindegutes in Gemeindestammvermögen, Neuregelung der Nutzungsrechte an den Gemeindegründen im Sinne des Agrarprogramms.
9. Die Sozialdemokratie verteidigt den Mieterschutz und fordert seinen Ausbau. Gemeinnütziger Wohnungsbau durch Orts- und Gebietsgemeinden mit Zuschüssen des Staates, Widmung des vollen Ertrages der Gebäudesteuern für den öffentlichen Wohnungsbau. Enteignungsrecht der Gemeinden zur Beschaffung des Baugeländes. Förderung der Bau- und Siedlungsgenossenschaften. Wohnsiedlungsaktion für die Landarbeiter und Ausbau des Pächterschutzes für die landwirtschaftlichen Kleinpächter gemäß den Forderungen des Agrarprogramms.

10. Die Sozialdemokratie fordert die Demokratisierung des Steuerwesens: Abbau der Verbrauchssteuern auf notwendigen Massenverbrauch, Ausbau progressiver Einkommen-, Vermögens-, Erbschafts- und Luxussteuern. Höhere Besteuerung des Einkommens aus Besitz als des Einkommens aus eigener Arbeit. Erhöhung des steuerfreien Minimums der Einkommensteuer, Schaffung eines steuerfreien Minimums für die Erwerb- und die Grundsteuer.«

Aus heutiger Sicht scheinen jedenfalls einige dieser Forderungen äußerst bemerkenswert zu sein, insbesondere wenn man bedenkt, dass Wirtschaftspolitik im heutigen Sinn damals eher unterausgeprägt war. So erscheinen die Forderungen nach Abbau der Schutzzölle, dem Ausbau der internationalen Arbeitsteilung sowie der direkten Förderung von Ansiedlungen als Forderungen, welche sich (wenn nicht notwendigerweise in sozialdemokratischen Programmen) auch heute in der Wirtschaftspolitik wiederfinden lassen. Gerade die Forderung nach Bekämpfung von Monopolen und verstärkter Aufsicht über die Banken erscheinen vor allem im Licht der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise als äußerst aktuell und progressiv. Auch die Forderungen im Bereich des Steuerwesens müssen insbesondere im Lichte der gegenwärtigen Diskussionen zu dieser Thematik als äußerst fortschrittlich angesehen werden. Andere der Forderungen, wie zum Beispiel der Ausbau der Lehrwerkstätten oder die Verteidigung des Mieterschutzes, sind ins sozialdemokratische Allgemeingut übergegangen und aus diesem nicht mehr wegzudenken.

Aus meiner Sicht am interessantesten war jedoch die Forderung zur Bekämpfung von Wirtschaftskrisen durch den Ausbau der öffentlichen Beschaffung in Krisenzeiten. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und somit Otto Bauer haben hiermit 10 Jahre bevor John Maynard Keynes sein Buch »The General Theory of Employment, Interest and Money« veröffentlichte, welches im Allgemeinen als Geburtsstunde des Keynesianismus gilt, eine wesentliche Grundlage einer keynesianischen Wirtschaftspolitik, nämlich die Stimulation von Nachfrage durch die öffentliche Hand, vorweggenommen. Ohne das Programm überbewerten zu wollen, kann dennoch festgehalten werden, dass jene Bereiche, welche insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg in einer keynesianischen Wirtschaftspolitik eine wichtige Rolle spielten, nämlich Beschäftigung, Geld und Zinsen, auch die Eckpunkte der wirtschaftspolitischen Forderungen im Linzer Programm darstellten.

Das Zusammenspiel von Wirtschaft und Politik im weiteren Sinn im Denken von Otto Bauer ist die zweite Ebene, die an dieser Stelle Beachtung finden soll. Gerade dieser integrale Ansatz stellte m.E. die Grundlage für die bis heute faszinierenden wirtschaftspolitischen Forderungen des Linzer Programms dar. Exemplarisch herausgegriffen sei an dieser Stelle sein Werk »Rationalisierung, Fehlrationalisierung«, welches von Hanisch als »sein viertes Meisterwerk« (Hanisch 2011: 262) bezeichnet wurde. Das Buch war geplant als erstes in einer Reihe mit dem Titel »Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg«, in der sich Otto Bauer mit den Veränderungen im kapitalistischen System nach dem Weltkrieg beschäftigte.

Erklärtes Ziel dieser Reihe war es, dem internationalen Sozialismus eine neue Orientierung zu geben und auch aus dieser umfassenden und detaillierten Analyse Schlussfolgerungen für die konkrete politische Arbeit abzuleiten. Während für die restlichen Bände vorgesehen war, sich mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung durch neue Produktionsmethoden, mit Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit, mit Wirtschaftskrisen und Konjunkturzyklen oder der Konzentration, der Organisation sowie den Machtverhältnissen des Kapitals zu beschäftigen (vgl. Bauer 1931: Vorwort), behandelte dieser erste Band die Auswirkungen der industriellen Rationalisierung.

Dieses Buch, welches sich intensiv mit den Auswirkungen der Taylorisierung auseinandersetzt, stellt ein idealtypisches Beispiel für den integralen Ansatz im Denken Otto

Bauers dar. Idealtypisch deshalb, weil ein zentrales Element der Analyse Otto Bauers die Darstellung der Wechselwirkung zwischen der wirtschaftlichen und der gesellschaftliche Sphäre darstellt. Exemplarisch sei hier auf seine Ausführungen des Verhältnisses zwischen Rationalisierung und Arbeitszeit hingewiesen sowie auf seine Erkenntnis, dass unternehmerische Rationalisierung zu für die Gesellschaft nicht intendierten Folgen führt.

In einer detaillierten Schilderung zeigt er auf, dass die politisch erkämpfte Reduzierung der Arbeitszeit von der Industrie mit einer Intensivierung der Arbeit beantwortet wurde. Die politische Schlussfolgerung, welche Otto Bauer aus dieser Erkenntnis zog lautete, dass auf die Intensivierung der Arbeit mit einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit zu antworten ist. Betriebswirtschaftliche Rationalität und politische Forderungen stehen also in einem interdependenten Verhältnis zueinander.

In weiterer Folge arbeitete er die Stellung der Wirtschaft in der Gesellschaft und ihre Interdependenzen ganz klar heraus, indem er beweist, dass die betriebswirtschaftlich rationale Vorgangsweise der Unternehmer zu für die Gesellschaft nachteiligen Folgen führt. Er unterschied dabei zwischen dem »business accounting« des/r Unternehmers/in und dem »social accounting« (Bauer 1931: 170 f.) der Gesellschaft und kam dabei zu folgender Schlussfolgerung: »Er [der Unternehmer, M.S.] kann seine Produktionskosten durch Maßnahmen senken, die die gesellschaftlichen Produktionskosten erhöhen.« (Bauer 1931: 170).

Diese zwei kurzen Beispiele sollen zeigen, dass eine der größten Leistungen Otto Bauer darin lag, einen integralen Blick auf die Stellung der Wirtschaft innerhalb der Gesellschaft zu werfen und wirtschaftliche Belange nicht ausschließlich in betriebswirtschaftlichen Kategorien, die losgelöst von politischen und gesellschaftlichen Umständen existieren, zu analysieren.

RESÜMIERENDE BEMERKUNGEN

Welche Schlussfolgerungen lassen sich nun für heute aus den skizzierten Bemerkungen zu der Person Otto Bauer sowie zu seinen (und damit auch jenen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei) wirtschaftspolitischen Gedenken ziehen? Können wir heute noch daraus lernen?

Erstens lässt sich in Hinblick auf die konkreten wirtschaftspolitischen Forderungen, wie sie sich im Linzer Programm finden festhalten, dass sich diese vor allem durch ihre Progressivität auszeichnen. Außerdem lässt sich eine ideologische Kontinuität bis in die Gegenwart feststellen, auch wenn heute einige dieser Forderungen nicht mehr mit der gleichen Intensität verteidigt werden wie damals. Auch wenn die Frage nach der heutigen Gültigkeit mancher damaligen Forderungen sicherlich einer intensiveren Diskussion bedarf, so würde der Sozialdemokratie etwas mehr Bewusstsein ihrer bereits gemachten Forderungen, wie zum Beispiel jene nach progressiven Erbschaftssteuern, und eine konservative Haltung in Hinblick auf ihre eigenen Werte durchaus gut tun.

Zweitens erscheint gerade sein integraler Ansatz, basierend auf einer intensiven und fundierten Analyse der gesamtwirtschaftlichen und -gesellschaftlichen Situation politische Schlussfolgerungen abzuleiten, ein interessanter und auch heute wieder zielführender Zugang zu sein. Gerade in Zeiten von ökonomischen Umbrüchen und Krisen braucht die Sozialdemokratie ein fundiertes ökonomisches Know-how, nicht nur in den vorgelagerten Institutionen, sondern auf möglichst allen Ebenen ihres Wirkungskreises.

Hier gilt es eine argumentative »Waffengleichheit« mit den ApologetInnen und LobbyistInnen des unbeschränkten freien Marktes herzustellen. Dies insbesondere dann, wenn dem seit 1989 vorherrschenden Primat der Ökonomie, welches eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung beharrlich ignoriert, wieder ein Primat der Politik entgegensetzt werden und eine stärkere gesamtgesellschaftliche Betrachtung vermehrt in den

Vordergrund rücken soll. In dieser Hinsicht erscheint ein integraler politischer Zugang, welcher ökonomische Analyse und politische Handlung(smöglichkeit) in einer Person vereint, sicher ein erfolgversprechender Ansatz. In dieser einen Hinsicht kann die Person Otto Bauer auch heute noch progressives und wegbereitendes Vorbild sein.

MARKUS SCHWEIGER
ist Soziologe und arbeitet in Wien.

Literatur

Bauer, Otto: Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg. Rationalisierung, Fehlrationalisierung. Büchergilde Gutenberg, 1931. | **Butschek, Felix**: Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart. Böhlau Verlag, 2011. | **Hanisch, Ernst**: Der große Illusionist. Böhlau, 2011. | **Hannak, Jacqes**: Im Sturm eines Jahrhunderts. Eine volkstümliche Geschichte der Sozialistischen Partei Österreichs. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, 1952. | **Hindels, Josef**: Das Linzer Programm. Ein Vermächtnis Otto Bauers. Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, o.J. | **Mises, Ludwig**: Erinnerungen. Gustav Fischer Verlag, 1978. | **Schweiger, Markus**: Wirtschaftsforschung zwischen Liberalismus und Sozialpartnerschaft: Eine wissenschaftssoziologische Analyse der Interdependenzen zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik in Österreich. Vdm Verlag, 2008.

ANTONY GORMLEY HORIZON FIELD, AUGUST 2010 - APRIL 2012, EINE LANDSCHAFTSINSTALLATION IM ALPINEN HOCHGEBIRGE VORARLBERGS, ÖSTERREICH, PRESENTED BY KUNSTHAUS BREGENZ, STANDORT: LECH/ KRIEGERHORN NR. 13, AUFNAHMEDATUM: 13.07.2009, © KUNSTHAUS BREGENZ, ANTONY GORMLEY, FOTO: MARKUS TRETTER

KUNSTHAUS BREGENZ

ANTONY GORMLEY HORIZON FIELD

Eine sozialdemokratische Forschungspolitik am Horizont?

Auch wenn derzeit primär über Schuldenkrise und Sparprogramme diskutiert wird, müssen wir den Fokus auf Investitionen in die Zukunft wie Bildung und Forschung legen. Das EU-Forschungsprogramm »Horizont 2020« ist ein guter Ansatz, es bedarf jedoch einer breiteren Zielsetzung als die ausschließliche Ausrichtung auf die Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Auf EU-Ebene ist die Forschungspolitik ein relativ neues Politikfeld, das zum ersten Mal in der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 explizit erwähnt wird und erst in den letzten zehn Jahren zu größerer Bedeutung gelangt ist.[1] Das wichtigste Instrument in der EU-Forschungsförderung sind die sogenannten »Rahmenprogramme« (RP, »Framework Programme« oder FP). Das derzeit laufende siebente Rahmenprogramm (FP7)[2] ist mit mehr als 50 Milliarden Euro für den Zeitraum von 7 Jahren ausgestattet und damit das größte Forschungsförderungsprogramm der Welt. Derzeit laufen die Vorbereitungen für das Nachfolgeprogramm, das voraussichtlich die Jahre 2014 bis 2020 abdecken wird. Dieses Programm war unter dem Arbeitstitel »FP8« bekannt, dieser Titel war der Kommissarin für Forschung, der Irin Máire Geoghegan-Quinn, allerdings nicht »sexy« genug, daher die kürzlich erfolgte Umbenennung in »Horizont 2020«[3].

Kann es nun zu dem eher trockenen Thema der (europäischen) Forschungspolitik eine sozialdemokratische Position geben? Diese Frage impliziert auch, dass Forschung frei von politischer Interferenz sein sollte, oder wie es in der österreichischen Verfassung heißt: »Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei«[4]. Dennoch sind Forschung (und Lehre) immer von bestimmten, auch ideologisch begründeten, Faktoren beeinflusst. So ist für FP7 die Ausrichtung auf Wettbewerbsfähigkeit die dominante, ja fast ausschließliche Rechtfertigung für die Existenz europäischer Forschung. Im Beschluss des Rates und der Kommission zur Etablierung von FP7 heißt es, Ziel sei es, »ein hohes Maß an internationaler Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen«[5]. Dabei wird Bezug auf die Lissabon-Strategie genommen, die vorsah, Europa bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen.

Für die Sozialdemokratie ist allerdings eine ausschließliche Ausrichtung auf Wettbewerbsfähigkeit keine ausreichende Grundlage für die EU-Forschungspolitik. Gesellschafts- und sozialpolitische Ziele spielen zwar durchaus eine Rolle im Forschungsrahmenprogramm, z. B. in der Schwerpunktsetzung auf »grünen Transport« im Bereich Zusammenarbeit/Transport[6] oder bei den Aktivitäten zum Thema digitale Einbindung von Randgruppen im IKT-Bereich (»e-Inclusion«). Dennoch müssen soziale und gesellschaftliche Aspekte deutlicher in die übergeordnete Zielsetzung, der raison d'etre, für das Rahmenprogramm eingebracht werden.

Mit anderen Worten: Das Ziel aller Forschungsaktivitäten soll es sein, die Lebensqualität in Europa für die BürgerInnen zu heben oder zu erhalten. Dieser BürgerInnen zentrische Zugang muss das Herz der Argumentation für europäische Forschung ausmachen.[7] Derzeit wird im Rahmen des Nachfolgers zur Lissabon-Strategie, der EU-2020-Strategie, viel über sogenannte »große Herausforderungen« gesprochen, denen sich Europa stellen muss. Der Rat nennt hier nachhaltige Entwicklung im Bereich Wirtschaft, Soziales und Umwelt sowie Wettbewerbsfähigkeit.[8] Gerade die Betonung auf Soziales und Umwelt lässt hoffen, dass diese Prioritäten auch bei der Ausgestaltung des neuen Forschungsprogrammes in Betracht gezogen werden. Erste Ergebnisse stimmen dabei durchaus positiv, so soll »tackling society's challenges« (gesellschaftliche Herausforderungen annehmen) eine Grundsäule von Horizont 2020 werden.[9] Das derzeit aktuellste Dokument dazu ist das Grünbuch der Kommission »From Challenges to Op-

1. Siehe DAN ANDRE (2009), Priority-setting in the European Research Framework Programmes.Vinnova Analysis VA 2009:17.
2. Siehe http://cordis.europa.eu/fp7/home_de.html für detaillierte Informationen zu RP7.
3. http://ec.europa.eu/research/horizon2020/index_en.cfm
4. Artikel 17 StGG.
5. Beschluss Nr.1982/2006/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18.Dezember 2006 über das Siebte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007 bis 2013). Amtsblatt der Europäischen Union. L412/1 – 42. 30.12.2006.
6. Siehe z.B. den Abschnitt »the greening of surface transport« im Arbeitsprogramm 2010. European Commission Work Programme 2010 Cooperation Theme 7 Transport (including Aeronautics). C(2009) 5893 of 29 July 2009. Ein anderes Beispiel ist das »Quality of Life«-Programm in FP5.
7. PES Manifesto European elections June 2009. Siehe auch »A New direction for Progressive Societies. Resolution No 1 People First: A Progressive European Agenda. Adopted by the 8th PES Congress. Prague 07-08 December 2009.
8. Council of the European Union (2009) Rech 452 Compet 518. Outcome of Proceedings 17189/09 guidance on future priorities for European research and research-based innovation in post-2010 Lisbon strategy. P.4.
9. Vgl. BALZI ELISABETTA (2011), Towards Horizon 2020 - the Framework Programme for Research and Innovation. CSF Stakeholders Workshops on« Food Security and the Bio-based economy». Brussels 4 and 13 July 2011.
10. European Commission (2011), From Challenges to Opportunities: Towards a Common Strategic Framework for EU Research and Innovation Funding. Com (2011) 48 p. 2-3.

portunities: Towards a Common Strategic Framework for EU Research and Innovation Funding«, welches die Grundlagen für die zukünftige EU-Politik in der Forschung und Innovationspolitik (Stichwort: »Innovation Union«) bilden soll. Das Grünbuch ist die Basis für eine (gerade beendete) öffentliche Konsultation und lässt eine gewisse Einschränkung auf rein wirtschaftliche Kriterien erkennen, da es von »smart, sustainable and inclusive growth«[10] spricht. Als Herausforderungen für F&E werden weiters die Themen Arbeitslosigkeit, Klimawandel, demographischer Wandel (Alterung), Rohstoffe und fossile Brennstoffe genannt.

Basierend auf der Idee eines »Rahmenprogramms für die Menschen« hat die EU-Gruppe des BSA das siebente Rahmenprogramm analysiert und Vorschläge zur Verbesserung gemacht.

1. Hin zum Wissensdreieck: Verschränkung der Politikfelder »Bildung« und »Forschung« für bessere Karriereplanung

Das Wissensdreieck (»knowledge triangle«) bezieht sich auf die Verschränkung von Forschung, (Aus)Bildung und Innovation. Diese Gebiete will die EU besser miteinander in Beziehung setzen. So stellt z. B. die Vision 2020 für den europäischen Forschungsraum fest: »Die Modernisierung der Systeme im Bereich Forschung geht mit der Modernisierung der Bildungs- und Innovationssysteme einher.«[11] In den Schlussfolgerungen des Rates vom 8. Dezember 2009 wird explizit auf die Notwendigkeit einer Verschränkung der Forschungsaktivitäten und dem europäischen Hochschulraum (basierend auf der Bologna-Erklärung) hingewiesen.

Die meisten Anstrengungen wurden bis jetzt allerdings auf die Verbindung von Forschung und Innovation gelegt, z. B. durch das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (»Competitiveness and Innovation Programme« oder CIP).[12] Im Rahmen des CIP wurde z. B. das »Enterprise Europe Network« geschaffen, welches Firmen und Forschungseinrichtungen bei Internationalisierungsaktivitäten am europäischen Markt unterstützt.[13] Auch das Europäische Technologieinstitut (ETI) konzentriert sich auf die Innovations- und Forschungskomponente des Wissensdreiecks in seinen Pilotprojekten.[14]

Die angestrebte Verbindung mit Bildungspolitik, dem europäischen Hochschulraum und Initiativen zum lebenslangen Lernen ist hingegen bisher weitaus schwächer ausgefallen.Es ist daher enttäuschend, dass Máire Geoghegan-Quinn, die Kommissarin für Forschung, Innovation und Wissenschaft, zwar eine multidisziplinäre Forschungs- und Innovationsstrategie veröffentlicht hat[15], diese aber nur mit ihren Amtskollegen für Wettbewerb, Transport, digitale Agenda und Industrie erarbeitet hat, und die Kommissarin für Bildung und Training nicht eingeladen hat. In ihrer Rede vor der »European Research Area Board Conference« (ERAB) wird daher auch die Bildungsdimension des Wissensdreiecks vernachlässigt.[16] Verbindungen zwischen dem »European Research Area« (ERA) und dem »European Higher Education Area« (EHEA) waren auch Thema der Eurodoc-Konferenz in Wien (11.–15. Mai 2010).[17] Außer dem Faktum, dass DoktoratsstudentInnen ein wichtiges Bindeglied zwischen ERA und EHEA darstellen, konnten aber auch auf dieser Konferenz keine konkreten Initiativen präsentiert werden.

Ziel der europäischen Forschung muss es sein, konkrete Maßnahmen zur Verbindung von Forschung, Bildung und lebenslangem Lernen in das Rahmenprogramm einzubauen. Dies betrifft besonders die Karriereplanung für individuelle ForscherInnen. Derzeit können Studierende auf Master Level von Programmen wie ERASMUS (MUNDUS) profitieren. Nach einem Doktoratsstudium wiederum können ForscherInnen durch Programme wie Marie Curie oder ERC Förderungen erhalten. Zwischen Master und Doktorat klafft allerdings eine bedenkliche Lücke, wo es derzeit keine europäischen Förderungen für individuell Studierende gibt.[18]

11. Rat der europäischen Union (2008) Beratungsergebnissee des Rates (Wettbewerbsfähigkeit) vom1/2 Dezember 2008. Rech 410 Compet 550. S.7
12. http://ec.europa.eu/cip/index_de.htm
13. http://www.enterpriseeuropenetwork.at/
14. http://www.knowledgetriangle.eu/
15. Siehe http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/473
16. MÁIRE GEOGHEGAN-QUINN (2010), Preparing Europe for a new renaissance: how science can help restore sustainable prosperity. The European Research Area Board Conference, Seville 6th May 2010. Speech /10/215
17. http://eurodoc2010.doktorat.at/
18. In FP7 gibt es die »initial training networks« (ITN) wo allerdings nicht Doktoranden gefördert werden, sondern nur Universitäten und Firmen, die Ausbildungsnetzwerke einrichten wollen. Doktoranden können also nicht selbst um diese Fördergelder ansuchen (siehe http://cordis.europa.eu/fp7/people/initial-training_en.html)
19. DAPHNE VAN DE SANDE et.al (2005), Impact Assessment of the Marie Curie Fellowships under the 4th and 5th Framework Programmes of Research and Technological Development of the EU (1994-2002). IMPAFEL 2. S.11
20. Im Rahmen der oben beschriebenen Möglichkeiten wird jedoch auch diese Forschung unterstützt, siehe z.B. die EU Projekte HERITAGE (http://research-eu.eu/articles/62/en/article004_en.cfm) oder ELDIA (http://www.eldia-project.org/)
21. Als KMU definiert die EU Betriebe, die weniger als 250 Angestellte haben und deren Umsatz 50 Millionen Euro nicht überschreitet. Für

2. Stärkung der Geistes- und Sozialwissenschaften

Seit jeher waren die Rahmenprogramme eher für naturwissenschaftliche und technologische Forschung konzipiert. Der von der der EU als »sozi-ökonomische Forschung« bezeichnete Forschungszweig, der auch die Geisteswissenschaften umfasst, macht nur einen sehr kleinen Teil der im Rahmenprogramm geförderten Aktionen aus – je nach Bereich zwischen 2 und 8 % der jeweiligen Budgetlinien. Auch für Mobilitätsstipendien im Marie-Curie-Programm werden nur 5 bis 7 % aller Stipendien für Geistes und Sozialwissenschaften vergeben.[19]

Die derzeitige Situation vernachlässigt daher die Bedeutung der sozial-, geistes- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung sowohl im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang wie auch gemessen an den Studentenzahlen an Universitäten sowie der Professuren und Forschungsaktivitäten auf nationaler Ebene. Erklärbar ist dies durch die wirtschaftliche Ausrichtung der Rahmenprogramme als dominante raison d'etre – wie bereits oben ausführlich beschrieben. Aus Forschung im Bereich Telekommunikation, Nanotechnologie, Transport etc. lässt sich ein wirtschaftliche Mehrwert eher ableiten als z.B. aus Forschung zur Mehrsprachigkeit.[20] Klar ist: Ein Forschungsrahmenprogramm, das sich ernsthaft mit den großen Herausforderungen Europas beschäftigen will und hier auch die sozialen Aspekte im Rahmen des europäischen Forschungsraums einbezieht, muss auch ausreichende Mittel für soziologische, geisteswissenschaftliche und wirtschaftswissenschaftliche Forschung bereitstellen. Eine mögliche Forderung für zukünftige EU-Forschungspolitik wäre z.B. einen bestimmten Prozentsatz an Geldern - angedacht wären 10 Prozent – für Sozial-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaften zur Verfügung zu stellen.

3. Förderung von Klein- und Mittelunternehmen

99 % aller Betriebe in Europa sind Klein-und Mittelunternehmen (KMU, engl. SME).[21] Diese Betriebe erwirtschaften zwei Drittel des europäischen Bruttoinlandsprodukts und stellen 75 Millionen Arbeitsplätze zur Verfügung. Daher wird Ihnen von der EU schon seit der überarbeiteten Lissabon-Strategie eine hohe Priorität eingeräumt. So hat die Kommission z.B. das »think small first«-Prinzip eingeführt, welches KMU in allen Bereichen stärken soll und durch den »Small Business Act for Europe« implementiert wurde.[22] Zusätzlich wurde der Posten eines »KMU-Ombudsmannes« (»SME Envoy«) in der Generaldirektion Unternehmen und Industrie geschaffen, der die Interessen der KMU vertreten soll.[23]

Auch in Bezug auf das Forschungsrahmenprogramm wurden in den letzten Jahren einige Aktivitäten gesetzt, um die Partizipation von KMUs zu erhöhen. Bereits seit einiger Zeit gibt es Quoten, die die Kommission bezüglich der Teilnahme von KMUs erreichen will (meist 15 %). Im RP7-Themenfeld »Kapazitäten« wurde die Aktivität »Forschung zum Nutzen von KMUs« eingeführt, wo Klein- und Mittelunternehmen die Möglichkeit haben, bestimmte Forschungsvorhaben zu definieren, die dann für sie von Forschungseinrichtungen durchgeführt und von der Kommission finanziert werden.[24] Zusätzlich wird in den jüngsten Ausschreibungen (»calls«) oft eine gewisse verpflichtende Mindestquote von SME-Teilnehmern in den Bieterkonsortien verlangt.

Auch sind die Bemühungen der Kommission im Bereich administrativer Vereinfachung sicher potentiell für KMUs sehr hilfreich. Dennoch sind die Ergebnisse gemischt: So hat die Kommission in ihrem Zwischenbericht zu FP7 festgestellt, dass der Fortschritt im Erreichen einer fünfzehnprozentigen Partizipation von KMUs langsamer als erwartet ausfällt.[25] Die Meinung der unabhängigen Expertengruppe fällt hier zwar positiver aus, allerdings kritisiert auch sie die Bürokratie und hält fest, dass gerade die Komplexität der Verfahrensabläufe viele KMUs von der Teilnahme abschreckt.[26]

Das Hauptproblem bleibt, dass die Forschungsrahmenprogramme von ihrer historischen Entwicklung auf Großunternehmen und Universitäten zugeschnitten sind. SMEs und deren Interessensvertretungen sind nur ungenügend

Details siehe http://ec.europa.eu/research/sme-techweb/pdf/sme-definition_en.pdf
22. http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/small-business-act/think-small-first/
23. Siehe http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/small-business-act/sme-envoy/index_en.htm
24. http://cordis.europa.eu/fp7/capacities/research-sme_en.html
25. European Commission (2009) On the Progress made under the Seventh European Framework Programme for Research. Com 2009 209 final. S. 7.
26. Report of the Expert Group (2010), Interim Evaluation of the Seventh Framework Programme. S. 8.
27. DANIEL SPICHTINGER and MYER MORRON (2006), Towards an SME friendly IST programme. EPRI-start Deliverable 4.2.
28. http://ec.europa.eu/research/science-society/index.cfm?fuseaction=public.topic&id=1297
29. http://www.yellowwindow.be/genderinresearch/index.html
30. Report of the Expert Group (2010), Interim Evaluation of the Seventh Framework Programme.Seite 8. Siehe auch Seite 12.
31. http://europa.eu/documents/comm/white_papers/pdf/com2006_35_en.pdf
32. Siehe http://www.esof2010.org/
33. Ein Projekt wird von unabhängigen Evaluatoren begutachtet. Diese verteilen Punkte von 0-5 für die Sektionen »wissenschaftliche Qualität« (S&T Quality), »Implementierung« (Implementation, i.e. Management und Projektplan) und Auswirkungen (»impact«). Basierend auf dieser Beurteilung wird dann eine Liste erstellt. Das oder die am höchsten bewerteten Projektanträge werden gefördert.

in den Prozess der Entwicklung von Forschungsprioritäten eingebunden. So fand z. B. eine Studie über KMUs im Bereich Informationstechnologie im 6. Forschungsrahmenprogramm, dass die FP6-Prioritäten nur ungenügend mit den Forschungsinteressen von KMUs übereinstimmten.[27] Die Gründe dafür sind die ungenügende Teilnahme von KMUs etwa bei den Europäischen Technologieplattformen, die der Kommission Themengebiete für die zukünftige Finanzierung vorschlagen. Zusätzlich beschäftigen sich KMU-Interessensvertretungen und Verbände nur am Rande mit dem Bereich Forschung, da sie nicht über die nötigen Ressourcen verfügen. Die großen Industrieverbände vertreten eher die Interessen der Großunternehmen.

Eine konkrete Verbesserung der Situation von KMUs lässt sich daher nur durch eine bessere Einbindung dieser Unternehmen in die Gestaltung der Rahmenprogramme erreichen. Dazu kann die Kommission folgende konkrete Schritte setzen:
– Die Kommission kann eine Vereinigung von Forschungs-KMUs finanziell unterstützen, damit diese die Möglichkeit hat, Positionen zum Rahmenprogramm zu erstellen und ihre Mitglieder gegenüber der Kommission zu vertreten.
– Die Kommission kann die Position des KMU-Ombudsmannes stärken und ihn/sie damit beauftragen, die Interessen der KMUs im Bereich Forschung zu vertreten bzw. Aktivitäten zu organisieren, um KMUs besser in die Forschungspolitik zu integrieren und Anreize schaffen, um sich selbst in diesem Bereich zu organisieren.
– Forschungsfelder mit hohem Forschungsinteresse für KMUs sollten mit mehr Geldern ausgestattet werden.
– Weitere Vereinfachung der Verfahrensabläufe, mit besonderer Berücksichtigung der Bedürfnissen von KMUs

4. Gleichstellung und Kommunikation mit den Bürger/Innen

Gleichstellung (»gender equality«) ist in der EU auf der höchsten Ebene verankert, so etwa in Artikel 2 und 3 des Vertrags von Lissabon, sowie in Artikel 13 (Verbot der Diskriminierung), Artikel 137 (Gleichheit auf dem Arbeitsmarkt) und Artikel 141 (Gleiche Bezahlung). Dennoch gibt es weiterhin auf all diesen Gebieten Nachteile für Frauen. Damit die europäische Forschung ihr gesamtes Potential ausschöpfen kann, darf sie auf die Forschungsleistungen der Frauen nicht verzichten.

In der Forschungspolitik befasst sich die Initiative »Gender and Research« im Bereich Wissenschaft und Gesellschaft mit diesen Fragen, insbesondere die Helsinki-Gruppe »Frauen und Wissenschaft«.[28] In FP7 wurden einige Aktivitäten in Richtung Frauenförderung gesetzt, z. B. die Erarbeitung eines Toolkits zu »Gender in EU-funded Research«[29]. Dennoch stellt die Expertengruppe zur Evaluierung des siebenten Rahmenprogramms fest, dass es immer noch eine »gläserne Decke« bei der Teilnahme von Wissenschaftlerinnen zu geben scheint.[30]

Spätestens seit der Debatte um den Lissabon-Vertrag bzw. den gescheiterten Referenden zu der europäischen Verfassung ist der EU klar geworden, dass die Kommunikation über die EU verbessert werden muss. Basierend auf einem Weißbuch aus dem Jahr 2006[31] hat die Union seitdem einige Maßnahmen gesetzt, wie z. B. bessere Webseiten, einen youtube-Kanal, Tage der offenen Tür etc. Gerade die Forschung eignet sich für die Kommunikation, da hier der Mehrwert transnationaler Projekte für die Menschen klar dargestellt werden kann. Ein guter Kanal für die Präsentation der EU-Forschung ist z. B. das »Euroscience Open Forum« (ESOF), das alle zwei Jahre in einer europäischen Stadt veranstaltet wird und neben einem wissenschaftlichen Programm viele Aktivitäten für die Bevölkerung vorsieht.[32]

Die beiden Aspekte »Gleichstellung« und »Kommunikation« verbindet, dass sie von vielen Wissenschaftlern als »soft issues« betrachtet werden und ihnen relativ wenig Bedeutung zugestanden wird. Dies spiegelt sich in Forschungsanträgen wider, wo z. B. die Rolle der Frauen überhaupt nicht erwähnt wird und Kommunikation höchstens als Publikation in wissenschaftlichen Zeitschriften definiert wird.

34. Report of the Expert Group (2009), Evaluation of the Sixth Framework Programme for Research and Technological Development 2006-2006.Seite iv Report of the Expert Group (2010), Interim Evaluation of the Seventh Framework Programme, S. 7-8.
35. ZIMAN, JOHN (1984), An Introduction to Science Studies. The Philosophical and Social Aspects of Science and Technology. Cambridge: CUP.
36. SILVIO FUNTOWICZ, IAN SHEPERD, DAVID WILKINSON and JERRY RAVETZ (2000), »Science and Governance in the European Union: a Contribution to the Debate.« Science and Public Policy 27:5, 327-336.

Es bedarf daher der besseren Einarbeitung dieser zwei Komponenten in die Anforderungen für die Antragstellungen zur EU-Finanzierung im achten Rahmenprogramm. Konkret bedeutet dies: »Gender aspects« werden derzeit im Leitfaden zur Antragsstellung zwar erwähnt, sie werden aber von den Evaluatoren nicht explizit evaluiert bzw. fließen nicht in die Punkteanzahl ein, nach dem ein Projekt zur Förderung gelistet wird.[33] In Zukunft sollten Gender-Aspekte in der Sektion »Projektimplementierung« dargestellt werden und auch in die zu vergebende Punkteanzahl (0 bis 5) eingerechnet werden.

Die Evaluatoren sind zu instruieren, Aspekte der Gleichstellung auf jeden Fall in ihrer Beurteilung zu berücksichtigen. Bezüglich der Kommunikation ist in der Evaluation darauf zu achten, dass die Kommunikation der Projektresultate nicht nur auf die Publikation in wissenschaftlichen Magazinen ausgerichtet ist, sondern breit angelegt wird und alle »stakeholder« mit einbezieht. Explizit zu erwähnen sind Maßnahmen zur Kommunikation an die Bevölkerung, wie z. B. Präsentation auf Wissenschaftstagen, Festivals, Langen Nächten der Forschung usw.

Wie die Expertengruppen zur Evaluation des 6. und 7. Rahmenprogramms feststellten, haben sich die Rahmenprogramme als effektive Mechanismen der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung- und Entwicklung erwiesen.[34] Zweifellos sind europäische WissenschaftlerInnen durch das Rahmenprogramm weitaus besser untereinander vernetzt als früher. Von der EU geförderte Projekte sind durch die große Konkurrenz durchaus als »best of«- Label für die teilnehmenden Institutionen anzusehen und involvieren die besten Forscherinnen und Forscher. Auch die Forschungsinfrastruktur wird durch EU-Gelder beträchtlich gefördert.

Die westliche Kultur ist wesentlich von der Wissenschaft abhängig, aber gleichzeitig haben Bürger/Innen nur eine sehr vage Vorstellung von der Wissenschaft.[35] Gerade weil wissenschaftliche Expertise auch in der Politik bedeutsam ist[36], müssen wir dafür sorgen, dass die europäische Bevölkerung Wissenschaft und Forschung als Chance und nicht als Gefahr versteht. Die aufgeführten Maßnahmen dienen dazu, ein Rahmenprogramm zu erstellen, dass zuallererst den Menschen, ihren Bedürfnissen und ihrer Lebensqualität dient.

DANIEL SPICHTINGER
hat in Wien studiert, sowie einen Masterstudiengang in European Politics an der Universität Bath (Großbritannien) absolviert. Seit 2004 arbeitet er im Management und der Kommunikation von EU-Forschungsprojekten in Bonn, Brüssel und Wien, und koordiniert die Arbeitsgruppe Forschung in der EU-Gruppe im BSA.

ANTONY GORMLEY HORIZON FIELD

KUNSTHAUS BREGENZ

ANTONY GORMLEY HORIZON FIELD, AUGUST 2010 - APRIL 2012, EINE LANDSCHAFTSINSTALLATION IM ALPINEN HOCHGEBIRGE VORARLBERGS, ÖSTERREICH, PRESENTED BY KUNSTHAUS BREGENZ, STANDORT: LECH/ KRIEGERHORN NR. 13, AUFNAHMEDATUM: 13.02.2010, © KUNSTHAUS BREGENZ, ANTONY GORMLEY, FOTO: MARKUS TRETTER

Blödheit, Sprache & Kultur

Markus Metz, Georg Seeßlen
BLÖDMASCHINEN

Markus Metz und Georg Seeßlen analysieren die Mechanismen, mit denen Dummheit heute produziert wird, nebst den fatalen Strategien, mit denen die meisten Individuen sie »bewältigen« und dadurch noch verstärken. Wer sich der Dynamik der »Blöd-Maschinen« nicht blind oder – noch schlimmer – sehend ergeben möchte, muss ihre Strukturen begreifen. Nur so entsteht die Chance, sie zu zerschlagen.
EDITION SUHRKAMP, 780 Seiten, 25,70 Euro

Guy Deutscher
IM SPIEGEL DER SPRACHE

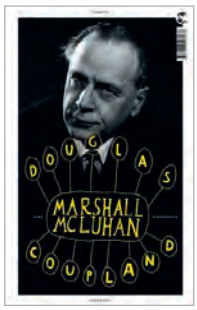
Warum sieht die Welt in anderen Sprachen anders aus? Auf Guy Deutschers Reise zu den aktuellen Ergebnissen der Sprachforschung werden die Mitreisenden mit einer unterhaltsamen Übersicht belohnt. Und gleichzeitig vermeiden sie auch einen Kardinalfehler, dem Philologen, Anthropologen und auch Naturwissenschaftler allzu lange aufgesessen sind: die Macht der Kultur zu unterschätzen.
C.H. BECK, 320 Seiten, 23,60 Euro

Manfred Schneider
DAS ATTENTAT

Der Literaturwissenschaftler Manfred Schneider geht der Geschichte, den Formen, den Folgen des Attentats und der Paranoia, die damit verbunden ist, auf den Grund. An einer Vielzahl von Beispielen skizziert er die psychologische Struktur des Attentäters, dessen Tat immer für die Öffentlichkeit bestimmt ist. Stets will der Täter das Bild der Macht zerschlagen.
MATTHES & SEITZ, 768 Seiten, 41,10 Euro

Bernd Greiner
9/11

Dieses Buch entkräftet zahlreiche Legenden, etwa dass eine entführte Maschine abgeschossen worden sei oder dass die Katastrophe mit einer besseren Kooperation von Polizei und Geheimdiensten hätte verhindert werden können. Gezeigt werden auch die unerwünschten Ergebnisse des »Krieges gegen den Terror«. Vor allem aber geht es um dessen Hinterlassenschaften in den USA und in Europa.
C.H. BECK, 280 Seiten, 20,60 Euro



Douglas Coupland
MARSHALL McLUHAN

Douglas Coupland, Autor von »Generation X«, schrieb dieses Buch über das Leben und Werk des großen Medienanalytikers McLuhan. Humorvoll bringt uns Coupland das Leben eines exzentrischen Denkers nahe, der Medien nicht nur bahnbrechend interpretierte, sondern sie zugleich verachtete. Gleichzeitig hilft Coupland uns zu verstehen, wie wir im vernetzten 21. Jahrhundert leben.
TROPEN, 222 Seiten, 19,50 Euro

Robert Pfaller WOFÜR ES SICH ZU LEBEN LOHNT

Unsere Kultur hat sich den Zugang zu Glamour, Großzügigkeit und Genuss versperrt – wir vermeintlich abgebrühten Hedonisten rufen schnell nach Verbot und Polizei. Robert Pfaller untersucht in seinem neuen Buch, warum es so gekommen ist und was sich dahinter verbirgt. In Analysen u. a. zu »meinem« Geschmack schätzt er die aktuellen Tendenzen der Kultur ein und benennt ihren politischen Preis.
S. FISCHER, 320 Seiten, 20,60 Euro

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße**
(1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

Privatleben, Anarchie & Kärnten

Wilhelm Genazino
WENN WIR TIERE WÄREN

Das Leben in der modernen Welt verlangt zu viel: tägliche Anwesenheit am Arbeitsplatz, inklusive Engagement und freundlichem Gesicht, die Benutzung von Verkehrsmitteln und den Besuch von Supermärkten. Und dann auch noch das Privatleben. Unausweichlich kommt der Moment, in dem ein Mann nicht mehr weiterweiß – und ehe man sichs versieht, sind es statt einer sogar drei Frauen.
HANSER, 160 Seiten, 18,40 Euro

Erich Mühsam
TAGEBÜCHER 1910–1911

15 Jahre lang, von 1910 bis 1924, hat Erich Mühsam, der berühmteste deutsche Anarchist, sein Leben festgehalten – ausführlich, stilistisch pointiert, schonungslos auch sich selbst gegenüber und niemals langweilig. Was diese Tagebücher so fesselnd macht, ist der wache Blick des Weltveränderers. Mühsam wollte Anarchie praktisch ausprobieren. Anarchie hieß für ihn: Leben ohne moralische Scheuklappen.
VERBRECHER VERLAG, 352 Seiten, 28,80 Euro

Maja Haderlap
ENGEL DES VERGESSENS

Der Ingeborg-Bachmann-Preisträgerin 2011 gelingt etwas, das man gemeinhin für gar nicht mehr möglich hält: Sie erzählt die Geschichte eines Mädchens, einer Familie und zugleich die Geschichte eines Volkes. Zwar ist der Krieg vorbei, aber in den Köpfen der slowenischen Minderheit, zu der die Familie gehört, ist er noch allgegenwärtig.
WALLSTEIN, 288 Seiten, 19,50 Euro

Peter Handke
DER GROSSE FALL

Die Geschichte eines müßiggängerischen Schauspielers vom Morgen bis tief in die Nacht: Das Gehen durch eine sommerliche Metropole, von den Rändern bis in die Zentren. Die Begegnungen: mit den Läufern, den Obdachlosen, den Paaren, dem Priester, den Polizisten. Ein Weg mitten durch Nachbarnkriege, vorbei an überlebensgroßen Leinwandpolitikern, dann inmitten von Untergrundfahrern aus einer anderen Welt.
SUHRKAMP, 218 Seiten, 25, 60 Euro

Peter Stamm
SEERÜCKEN

Peter Stamm erzählt von Leben, die nicht gelebt, die aufgeschoben, erinnert und schließlich verpasst werden. In lakonischen Sätzen und unauffällig stimmungsvollen Szenen findet er die kaum spürbaren Eruptionen, die sich im Rückblick als Erdbeben erweisen. Die Einsamkeit im gemeinsamen Urlaub. Ein verlassenes Hotel in den Bergen. Ein Mädchen im Wald. Ein Pfarrer, der die Vögel füttert.
S. FISCHER, 191 Seiten, 19,50 Euro

John Cheever
DIE LICHTER VON BULLET PARK

Willkommen in Bullet Park, einer kleinen aufgeräumten Vorstadt im Umland von New York. Hier werden Ordnung und gute Nachbarschaft großgeschrieben. »Die Lichter von Bullet Park« ist einer der großen Romane des 20. Jahrhunderts, ein zeitlos zynischer Abgesang auf den »American Dream« in einem Atemzug zu nennen mit Richard Yates »Zeiten des Aufruhrs« und Fitzgeralds »Der große Gatsby«.
DUMONT, 255 Seiten, 20,60 Euro

Drei Jahre nach Lehman

Raghuram Rajan, ehemaliger Chefökonom des Internationalen Währungsfonds, stellte anlässlich des zweiten Jahrestages der Lehman-Pleite fest, dass sich an den gefährlichen Grundstrukturen, die zur Finanzkrise führten, kaum etwas geändert habe. Am 15. September jährt sich der Zusammenbruch von Lehman Brothers nun zum dritten Mal und wiederum stellt sich die Frage nach den Ursachen der Untätigkeit der Politik. Es wurde zwar mit Hilfe von Konjunkturprogrammen sowie mittels Maßnahmen der Finanzmarkt- und Bankenstabilisierung eine große Depression verhindert. Eine umfassende Reform der Regulierung des Finanzsystems, die diesen Namen verdient, blieb allerdings bis heute aus. Die Eigenkapitalausstattung der Banken ist nach wie vor unzureichend, das weltweite Volumen der Finanztransaktionen ist gegenüber 2007 wieder gestiegen, die Vermögensverteilung ist in dieser Krise noch ungleicher geworden und die globalen makroökonomischen Ungleichgewichte haben sich wieder ausgeweitet.

Die europäische Politik musste vor kurzem feststellen, dass ein ökonomisch durchaus sinnvoller Schritt, nämlich die Beteiligung privater Gläubiger an einem Paket für Griechenland selbst in einer sehr schwachen Form durch Ratingagenturen sanktioniert würde. Die Schuldenkrisen in Griechenland, Portugal und Irland und die drohende Ansteckungswirkung auf andere Länder offenbaren die entscheidende Rolle von nur drei Ratingagenturen, die bestimmen, ob eine Regierung Zugang zu finanziellen Mitteln hat oder nicht. Zusätzlich haben diese drei eine wichtige Rolle bei der Unterminierung der Glaubwürdigkeit der vereinbarten Rettungspakete gespielt. Der Entstaatlichung des Rechts, die wir in weiten Teilen der Finanzmarktregulierung sehen – und die in moderne Formen der Selbstjustiz ausartet –, wurde bis heute wenig entgegengesetzt. Die Dramatik, die die Staatsschuldenkrise in einigen Ländern annimmt, hätte mit einer radikalen Reform unmittelbar nach Krisenausbruch, die an den systemischen Krisenursachen ansetzt, verhindert werden können. Zu langsam beginnt man, dies zur Kenntnis zu nehmen und bessert ein klein wenig nach.

Der einzig nennenswerte Schritt, der bislang in der EU gesetzt wurde, ist die Einrichtung europäischer Aufsichtsbehörden für die Versicherungs- Finanzmarkt- und Bankenaufsicht. Zudem wurde mit dem Europäischen Rat für Systemrisiken (ESRB) ein Gremium eingerichtet, das helfen soll, sich aufbauende systemische Risiken zu vermeiden. Ansonsten wurden Rechtstexte zur (geringfügigen) Beschränkung von Kreditverbriefungen, zu Hedgefonds und Ratingagenturen verabschiedet, wobei es hier im Wesentlichen um Registrierung und Transparenzvorschriften ging. Bezüglich der Ratingagenturen wurden nun weitere Reformen angekündigt, die – analog zur US-amerikanischen Regelung im Dodd-Frank Act vom Juli 2010 – auf eine erhöhte Unabhängigkeit von Ratingagenturen abstellen.

Kritisiert man die Halbherzigkeit der Reformen, so wird zumeist auf die tausenden Seiten von Texten zu Gesetzen verwiesen, deren Umsetzung in Planung ist. Wesentliche Änderungen, wie die Reform der Bankenregulierung im Rahmen von Basel III, die Derivateregulierung, ein Bankeninsolvenzrecht, oder ein EU-weiter Kapitalisierungsfonds, der aus nationalen Bankenabgaben gespeist wird, würden erst vorbereitet. Aber selbst wenn man diese Reformen berücksichtigt, kommt man zum Schluss, dass diese nicht in der Lage sind, das Finanzsystem dauerhaft krisenfest zu machen. Bei den Reformvorschlägen beobachten wir eine starke Konzentration auf das Bankensystem. Dies birgt die Gefahr, dass systemisches Risiko außerhalb des traditionellen Bankensystems verlagert wird. Bei der geplanten Derivateregulierung kommt es zu bedeutenden Vorschriften, die die Transparenz erhöhen sollen. Transparenz ist eine Voraussetzung für Regulierung, kann diese aber nicht ersetzen. Während man sich rhetorisch von der Vorstellung effizienter Finanzmärkte verabschiedet hat, wird so reformiert, als wären diese effizient.

Apropos Rhetorik: Ein hochrangiger deutscher Politiker meinte vor kurzem in einer Rede vor Nobelpreisträgern, dass sich die Politik nicht von Banken, Ratingagenturen und Medien am Nasenring durch die Manege führen lassen dürfe. Tatsächlich braucht Politik Mut im Konflikt mit Einzelinteressen. Fehlt dieser, höhlt dies unsere Demokratien aus.

HELENE SCHUBERTH
arbeitet als Ökonomin in Wien.